

Arbeiter-Zeitung

Wählt überall Delegierte zum Antikriegskongress in Amsterdam

für Schlesien

Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 480 89. Postfachkonto: Breslau Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Vorderhaus). Fernsprecher 430 02. Sprechzeit der Redaktion: Montag bis Freitag von 17—18 Uhr. — Verlagsstand: Breslau. — Verlagsort: Schlesiens Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 460 80.

Wir enthüllen fertige Regierungsliste:

Kabinett Schleicher - Strasser - Fried Göring - Stegerwald

Geheimverhandlungen zwischen NSDAP-Leipart und dem Reichswehrminister Schleicher

Es ist genug der Kullenschiebungen! Es ist genug der heimlichen Verhandlungen, die da von den Parteibonzen des Zentrums und der Sozialdemokratie unter Hintergehung ihrer eigenen Mitgliedschaft mit den faschistischen Diktatoren gepflogen werden! Durch die folgenden Mitteilungen aus absolut zuverlässiger Quelle reißt die „rote Fahne“ den Schleier weg, hinter dem die Weimarer Koalitionshelden mit den Nazisüßern die kommende Regierung ausbrüten. Zentrum und Nazis leugnen immer noch, sich in offiziellen Verhandlungen zu befinden.

Die „rote Fahne“ ist heute in der Lage, dem ganzen werktätigen Volke Deutschlands die Namen der Unterhändler, die fertige Ministerliste der geplanten Nazi-Koalitionsregierung und den Beweis dafür zu liefern, daß die sozialdemokratischen Gewerkschafts- und Parteiführer mit im Bunde sind. Freie und christliche Gewerkschaftler, Arbeiter der Sozialdemokratie und des Zentrums! Nicht die Partei- und Verbandsbonzen, die euch an die braunen Messer- und Schießhelfen verkaufen, zur Verantwortung! Haltet Gericht! Her zu uns, zum Kampf!

Seitens der Nationalsozialisten ist Gregor Strasser der künftige Verbindungsmann zum Zentrum. Vom Zentrum selbst sind ausgerechnet die Abgeordneten Zoos und Imbusch, die sich den rheimisch-westfälischen christlichen Arbeitern vor den Wahlen als Antifaschisten präsentierten, zu den Verhandlungen mit den Nazis delegiert. Zoos, Imbusch und Strasser haben bereits zahlreiche Besprechungen gehabt, und wir unterstreichen aus-

drücklich, daß diese Besprechungen sich durchaus nicht nur auf Kreuze, sondern vor allem auf die kommende neue Reichsregierung beziehen.

Ja, die Geheimverhandlungen zwischen Strasser auf der einen, Zoos und Imbusch auf der anderen Seite, sind soweit gediehen, daß die Regierungsliste bereits fertig vorliegt. Sie sieht folgendermaßen aus:

Pietzuch schlimmer wie ein Hund erschlagen! / Siehe im Innern des Blattes

Schleicher: Reichskanzler;
Strasser (Nazi): Innenminister;
Fried (Nazi): Justizminister;
Göring (Nazi): Luftfahrt;
Stegerwald (Zentrum): Arbeitsministerium.

Das Reichswehrministerium soll entweder durch Schleicher selbst in Personalunion mit dem Kanzlerposten, oder durch einen Vertrauensmann Schleichers aus der Reichswehr besetzt werden. Beim Außenministerium war an Brüning gedacht. Augenblicklich sind die Verhandlungen darüber noch im Gange. Die Personen der Unterhändler, die durch die beiden einzigen (Fortsetzung 2. Seite.)

Oberstaatsanwalt Dr. Buhl beantragt:

22 Jahre Zuchthaus, 25 Jahre Gefängnis

für Ohlauer Antifaschisten — Heute vormittag 10 Uhr Urteilsverkündung

Brieg. Sechster Verhandlungstag. Am Sonnabend vormittag wurde, nachdem noch drei Zeugen vernommen worden waren, die ungeheuerlichen Zuchthaus-Strafanträge gestellt. Der Oberstaatsanwalt Dr. Buhl, der in seiner Anklagerede seinen ungeheuren Haß gegen alles, was nach Arbeiter riecht, zum Ausdruck brachte, hielt eine direkte agitatorisch propagandistische Rede für den Nationalsozialismus und stellte dabei folgende furchtbare Zuchthausanträge:

- Gegen den Angeklagten Karl Blech wegen „Mädelsführerschaft“, schwerem Aufruhr, schwerem Landfriedensbruch und Kaufhandel 6 Jahre Zuchthaus.
- Gegen den Reichsbannerführer Durniol wegen „Mädelsführerschaft“, schwerem Aufruhr, Landfriedensbruch und Waffennußbrauch 4 Jahre Zuchthaus.
- Gegen den Gewerkschaftssekretär Manche wegen „Mädelsführerschaft“, schwerem Landfriedensbruch und Kaufhandel 4 Jahre Zuchthaus.
- Gegen den Schiffer Karl Banin wegen schwerem Landfriedensbruch, Aufruhr und Kaufhandel 5 Jahre Zuchthaus.
- Gegen den Landarbeitersekretär Strull wegen schwerem Aufruhr, einfachem Landfriedensbruch und Kaufhandel drei Jahre Zuchthaus.
- Gegen den Maurer Josef Jahn wegen schwerem Landfriedensbruch 3 Jahre Gefängnis, den Schlosser Karl Lampert wegen schwerem Landfriedensbruch 2 Jahre Gefängnis, den Tischler Alfred Glag wegen schwerem Landfriedensbruch 2 Jahre Gefängnis, den Kaufmann Adolf Haselbach wegen einfachem Landfriedensbruch 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, den Arbeiter Paul Pirsche wegen einfachem Landfriedensbruch und Aufruhr 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, den Arbeiter Ernst Müller wegen schwerem Landfriedensbruch 1 Jahr Gefängnis, den Maurer Fritz Lisse wegen schwerem Landfriedensbruch 9 Monate Gefängnis, den Schiffer Oskar Rose, den Maler Paul Trettan, den Arbeiter Karl Ruyh, den Kupferer Heinrich Hasche und den Töpfer Paul Hise wegen einfachem Landfriedensbruch je 9 Monate Gefängnis. Gegen die Ehefrau Anna Rose wegen schwerem Landfriedensbruch 8 Monate Gefängnis, den Zimmerer Walter Laske wegen schwerem Landfriedensbruch 8 Monate Gefängnis, den Arbeiter Alfred Zieba und den Arbeiter Friedrich Borrmann wegen einfachem Landfriedensbruch je 8 Monate Gefängnis. Gegen den Arbeiter Herbert Banin, den Arbeiter Josef Scholz, den Tischler Georg Fischer, den Arbeiter Wilhelm Lisse, den Schiffer Berthold Junktens wegen einfachem Landfriedensbruch zu je 6 Monate Gefängnis. Gegen die Arbeiter Paul Herrmann, Josef Machura, Josef Kroba, den Bäcker Herbert Schumann, den Arbeiter Richard Jessner, Anton Kulas, Karl Persche, den Maschinen Schlosser Alfred Meier, Karl Oguntke und die Arbeiterin Anna Morave wegen einfachem Landfriedensbruch zu je vier Monate Gefängnis.

Für die Angeklagten Marjel, Rother, Franz, Würtel, Soliga und Duester beantragte der Staatsanwalt Freispruch. (Fortsetzung dritte Seite Beilage.)

An die Belegschaft der Hohenzollerngrube Kameraden!

Eure Betriebsräte haben in eurem Auftrage in einem Brieftelegramm an das Sondergericht in Reuthe die strengste Bestrafung der faschistischen Mörder, die den Antifaschisten Pietzuch aus Postempa bestialisch gemordet haben, gefordert. Wir begrüßen diesen Schritt, müssen aber in diesem Zusammenhange hinweisen auf den Schlußjah in dem Brieftelegramm, weil er unter der Arbeiterschaft Illusionen erwecken kann. Der Schlußsatz heißt:

„Das Urteil soll in der Zukunft einen Schutz der Arbeiterschaft darstellen.“

Wir fragen euch Kameraden: Kann das Urteil eines kapitalistischen Sondergerichts ein Schutz für die arbeitende Klasse gegen den Mordfaschismus sein? Nein! Die Organe des kapitalistischen Machtapparats haben einzig und allein die Aufgabe, die Interessen der bestehenden Klasse und ihrer Handlanger wahrzunehmen. Und deshalb muß sich die Arbeiterklasse vor dem Terror der faschistischen Mordbanden selbst schützen.

Der rote Massenselbstschutz ist die beste Waffe gegen den Mordterror der Nazis.

Und deshalb, Kameraden der Hohenzollerngrube, schafft Betriebsräte des roten Massenselbstschutzes! Die Arbeiterschaft ist einzig und allein in der Lage, dem Mordfaschismus das blutige Handwerk zu legen. Duldet keinen Faschisten in eurem Betriebe! Tragt hinein auch in euren Betrieb die Antifaschistische Aktion!

Fort mit der Sondergerichtsjustiz

**Freiheit für die Proletarier, die sich gegen den Naziterror zur Wehr setzen!
Kein Betrieb, keine Stempelstelle, kein Häuserblock ohne roten Massenselbstschutz!**

Durchkreuzt Nazi-Koalition!

Die Antifaschistische Aktion trommelt zum Kampf

(Schluß)

kürzerlichen Massenpartei gestellt werden, und die Persönlichkeiten, die mit hinter diesem Plan stehen und zwar über keinen Massenanspruch, aber über andere ihre reale Macht verfügen, beweisen die Größe der alten Größe der Bildung eines solchen Präsidialkabinetts.

Es ist eine allgemeine Auffassung, die auch von hohen amtlichen Stellen geteilt wird, daß die Papen-Regierung in ihrem heutigen Zustand nur noch wenige Wochen, wahrscheinlich nur bis Monatsende aushalten kann. Die mahgebenden Instanzen sind sich völlig darüber klar, daß die Wirtschaftskrise vorläufig keine Abmilderung erfahren wird, und ein Winter bevorsteht, dessen grausame Not die gewöhnlichen Schicksale der vergangenen Jahre noch weit übersteigen werden. Da man weiß, daß mit Maßnahmen, welche allein gegen die Not nicht regiert werden kann — haben sich die Ereignisse gezeigt, daß hungernde Arbeitermassen auch durch keine Notwendigkeit zu „beruhigen“ sind —, und man der kommenden Revolution eine Massenbasis zu schaffen, wie sie das Papenkabinet nicht hat.

Und hier kommen wir zu dem zweiten Komplex unserer Entschlüsse.

Am Donnerstag, dem 18. August, hat eine Geheimkonferenz zwischen dem General v. Schleicher und einer Reihe sozialdemokratischer Partei- und Gewerkschaftsführer stattgefunden. In dieser Konferenz haben die reformistischen Führer ihre ausdrückliche Bereitschaft erklärt, ein Präsidialkabinet zu tolerieren. Leipzig spielt bei den Verhandlungen mit Schleicher eine besonders große Rolle, zwischen dem Reichswehrchef und dem sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer ist es in einer ganzen Reihe entscheidender Fragen bereits zu einer regelrechten Verständigung gekommen.

Wir wissen, daß besonders diese letztere Meldung, die uns aus vertraulichen Kreisen des NSDAP. zugegangen ist, höchste Befürchtung und Enttäuschung bei den sozialdemokratischen Arbeitern hervorzurufen wird. Die Tatsache, daß kein sozialdemokratischer Führer und kein „Vorwärts“ die proletarische Partei- und Gewerkschaftsmehrheit auch nur mit einem Wort von den Verhandlungen mit Schleicher unterrichtet — diese Tatsache spricht Bände. Sie zeigt das schlaue Gewissen, der reformistischen Führer, die ihre Verhandlungen und niederträchtigen Offerten an die faschistische Diktatur verschweigen, weil sie auch mit ihrem neuen Tolerierungshandreich überwindeln wollen.

Die NSDAP. und Gewerkschaftsführer setzen Proteste gegen die Notverordnung aus. Sie haben im Reichstage Anträge für die Aufhebung dieser Notverordnung und für die Verhaftung der Schicksalsindustriellen eingebracht. Alles Schwindel! Alles Betrug! Alles Geschwätz! Hier: es, ihr NSDAP.-Arbeiter und ihr vier Millionen Gewerkschaftler! In der Geheimkonferenz bei Schleicher haben die reformistischen Führer weder die Aufhebung der Notverordnung noch den Verbot der SA als Vorbedingung für ihre Tolerierung gefordert. Sie sind wie von selber auch jetzt bereit, den Hungerluts der Notverordnung mitzutrinken. Ihre Anträge dienen nur als Maske, um die NSDAP. und Gewerkschaftsführer zu täuschen.

Was da von dem Zumbach, Noos und Straßer unter Mitwirkung und Billigung der reformistischen Führer abgelartert ist, bedeutet nicht mehr und nicht weniger als die Überantwortung der Staatsmacht an die Nazis unter Kontrolle der Reichswehr. Straßer und Zumbach, von denen das Wort stammt: „Oben wird doch!“, sollen das Innen- und Justizministerium übernehmen. Von den Sondergerichten sollen nur noch Todesstrafen gegen links verhängt werden und Nazis nicht einmal formell mehr vor Gericht gestellt werden. Der Wunsch des braunen Gefühls, das im „Völkischen Beobachter“ und „Nationalrat“ seit Tagen die Hinrichtung von kommunistischen und Reichsbannerarbeitern fordert, wird dann befriedigt werden.

Diese Nazi-Koalitionsregierung wird in ihren Maßnahmen gegen das wertvolle Volk nicht weniger furchtbar sein, als eine direkte Hitlerregierung. Es wird, wenn dieses Kabinet regiert, weitere Notverordnungen hagen. Zur Not soll der Tod, zum Hunger das Hungergeschwert hinzutreten. Die Arbeitsdienstpflicht wird ein Arbeitszucht haus schaffen, und der Ausbeuter Lohnbestrafung sein. Die Lausanner Tributlasten werden bis zum letzten Pfennig eingetrieben, und die revolutionären Organisationen, vor allem die NSDAP., sollen verboten werden.

Man will alle faschistischen Kräfte konzentrieren: Reichswehr, Stahlhelm und SA! Und man will dieser regierenden Faschistenarmee eine Massenbasis geben, die ihr, die sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter, abgeben sollt.

Wollt ihr das? Habt ihr dafür ein Leben lang gestritten? Sind unter Heralomben Opfern von Gut und Blut eure Organisationen geschaffen worden, damit sie jetzt das Piedestal für fabelhafte Faschisten bilden?

Nein und abermals nein! Wir rufen euch in einer Stunde, deren Ernst euch allen bewußt sein muß, zu:

Gewerkschaftsmitglieder! Erzwingt sofort die Einberufung von Verhandlungsmittglieder! Treibt den Bonzen gegenüber, die eure Rechte treuen und euch zur Reservearmee Schleichers, Straßers und Zumbachs machen wollen! Sagt diese Gewerkschaftsvertreter mit Schimpf und Schande davon!

Betriebsarbeiter und Erwerbslose fordern Freilassung aller angeklagten Ohlauer Antifaschisten

Während der sechstägigen Verhandlung gegen die Ohlauer Reichsbanner-Kameraden ließen aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands eine Unmenge Protestschreiben gegen die Verurteilung und Inhaftierung der unschuldigen Opfer des Blutsonntags in Ohlau am 10. Juli 1932 ein. Unter den Protestresolutionen befinden sich auch eine große Anzahl aus den Betrieben. So haben unter anderem auch die Wasserbauarbeiter von Bries und Ohlau scharfen Protest erhoben und die Freilassung aller Angeklagten und Anhaftierten, sowie die Verhaftung der wirklich schuldigen Nazisbanditen und Mordheher gefordert.

Antifaschisten, erhebt überall Protest! Folgt diesen Beispielen! Heraus mit unseren Klassenbrüdern!

Sozialdemokratische Arbeiter! Der Zeitpunkt ist da, wo ihr mit den Nazis und Künftler eine andere Sprache als bisher reden müßt. Precht mit diesen Agenten Schleichers! Wenn ihr zu Hunderttausenden und Millionen in die rote Einheitsfront strömt, dann wird der Verrat unwirksam!

Ihr christlichen Gewerkschaftler und Zentrumsarbeiter, vor allem in Westdeutschland und Schlesien und Ostpreußen. Fordert Rechenschaft von denen, die euch vor dem 31. Juli unter antifaschistischen Forderungen fördern und die schamlos genug sind, sich mit den Chefs der braunen Morder jetzt an einen Tisch und in eine Regierung zu setzen!

Während die Führer des Zentrums und der Sozialdemokratie mit Schleicher und den Nazisbenzen subhandeln, erheben wir mit dem gewaltigen Nachdruck der 5,3 Millionen, die hinter uns stehen, abgesehen gleichzeitig im Namen von Millionen sozialdemokratischer und christlicher Arbeiter, den flammenden Ruf:

Nieber mit der braunen Terror-Armee! Her mit der Entlassung und Auflösung der SA. und SS!

Keinen Pfennig Lohnabbau! Verteidigung der Tariflöhne! Fort mit den Sondergerichten und ihren drakonischen Urteilen gegen Linke!

Weg mit den Notverordnungen! Weder Papen-Regierung noch Nazi-Koalition! Sondern die Arbeiter- und Bauernregierung, die Herrschaft des wertvollen Volkes, der Sieg über alle Ausbeuter!

Genossen machts nach! Glänzende Werbearbeit in der Betriebskampfwoche

Der Genosse Enke-Bilsch hat in der Betriebskampfwoche 8 Leser für die „Arbeiter-Zeitung“, 2 Mitglieder für die Partei, 1 Mitglied für die rote Hilfe gewonnen und hat innerhalb zwei Tagen für 13 Mark Broschüren verkauft. Diese glänzende Werbearbeit muß ein Ansporn für alle Genossen und Genossinnen sein, ihre revolutionäre Massenarbeit in der Betriebskampfwoche der Antifaschistischen Aktion, die um 14 Tage verlängert wurde, zu verzeichnen.

Betriebsarbeiter und Erwerbslose fordern Freilassung aller angeklagten Ohlauer Antifaschisten

Während der sechstägigen Verhandlung gegen die Ohlauer Reichsbanner-Kameraden ließen aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands eine Unmenge Protestschreiben gegen die Verurteilung und Inhaftierung der unschuldigen Opfer des Blutsonntags in Ohlau am 10. Juli 1932 ein. Unter den Protestresolutionen befinden sich auch eine große Anzahl aus den Betrieben. So haben unter anderem auch die Wasserbauarbeiter von Bries und Ohlau scharfen Protest erhoben und die Freilassung aller Angeklagten und Anhaftierten, sowie die Verhaftung der wirklich schuldigen Nazisbanditen und Mordheher gefordert.

Antifaschisten, erhebt überall Protest! Folgt diesen Beispielen! Heraus mit unseren Klassenbrüdern!

Papen plant Erhöhung der Bürgersteuer

Berlin, 22. August. (Eig. Drahtbericht.) Wie der „Deutsche“ am 21. August mitteilt, plant die Papen-Regierung die Bürgersteuer die für das laufende Jahr bereits in vollem Umfang erhoben worden ist, zu erhöhen, jedoch für die letzten Monate wieder Bürgersteuer vom Lohn und Gehalt abgezogen werden soll.

Wir Kommunisten haben wiederum Recht behalten; wir waren es, die der Arbeiterschaft ganz offen vorausgesagt haben, daß die Regierung neue Massensteuern erheben wird. Die obige Meldung, wonach die Steuererhöhung beschlossen ist, bestätigt voll und ganz unsere Voraussage. Die herrschende Klasse wird auch mit dieser neuen Maßnahme, die die wertvollen Schichten erneut belastet, den Ring ihres Hungerfeldzuges noch nicht schließen. Diese Meldung darf die Arbeiterschaft nicht ohne Kampfsvorbereitungen hinnehmen. Antifaschistische Aktion heißt Kampf gegen feuerliche Massenbelastung. Die Betriebskampfwoche der Antifaschistischen Aktion, die um 14 Tage verlängert wurde, muß mit zur Mobilisierung der Betriebsgewerkschaften gegen die Erhöhung der Steuererhöhung ausgenutzt werden.

September-Programm des Moskau-Senders

Der deutschsprachigen Sendungen des großen Radiosenders des Zentralrates der Gewerkschaften der Sowjetunion auf Welle 1304 Meter und des Kurzwellensenders des Zentralrates der Gewerkschaften der Sowjetunion auf Welle 50 Meter. Die Sendungen werden auch, täglich ab 21 Uhr, auf den Kominternsender auf Welle 1481 Meter übertragen.

1. Donnerstag, 21 Uhr: Wochenrundschau und Briefkasten.
2. Freitag, 21 Uhr: Ein Jungarbeiter spricht: „Diese 15 Jahre meines Lebens.“ — 3. Sonnabend, 21 Uhr: Rechte und Pflichten der Sowjetjugend. — 4. Sonntag, 21 Uhr: Eine Jungarbeiterin spricht: „Die 15 Jahre meines Lebens.“ — 5. Montag, 21 Uhr: Internationales Jugendtag. — 8. Donnerstag, 21 Uhr: Wochenrundschau und Briefkasten. — 9. Freitag, 21 Uhr: Die Volkshörerei vor 15 Jahren. (Die Vorbereitung zum bewaffneten Aufstand.) — 10. Sonnabend, 21 Uhr: Der zweite Fünfjahresplan der Schwerindustrie. — 11. Sonntag, 21 Uhr: Der zweite Fünfjahresplan der Leichtindustrie.

12. Montag, 21 Uhr: Der Klassenkampf im zweiten Fünfjahresplan. — 15. Donnerstag, 21 Uhr: Wochenrundschau und Briefkasten. — 16. Freitag, 21 Uhr: Das Sowjet-Gesetz. — 17. Sonnabend, 21 Uhr: Die Volkshörerei vor 15 Jahren. (Erinnerungen eines alten Bolschewika.) — 18. Sonntag, 21 Uhr: Die Außenpolitik der Sowjetunion.

19. Montag, 21 Uhr: Gorki-Werbd. (Anlässlich seiner 40jährigen literarischen Tätigkeit.) — 22. Donnerstag, 21 Uhr: Wochenrundschau und Briefkasten. — 23. Freitag, 21 Uhr: Die Bekämpfung der Prostitution. — 24. Sonnabend, 21 Uhr: Der Faschismus, seine Lehre und sein Wesen. — 25. Sonntag, 21 Uhr: Leninismus und die Rationalfrage. — 26. Montag, 21 Uhr: Prof. Holzmann erzählt, wie wir die Tuberkulose bekämpfen. — 29. Donnerstag, 21 Uhr: Wochenrundschau und Briefkasten. — 30. Freitag, 21 Uhr: Die Außenpolitik der Sowjetunion.

Maß
Das Programm der NSDAP. im Spiegel marxistischer Kritik, das Thema eines Vortragsabends der Marxistischen Arbeiterjugend. Am Dienstag, dem 23. August, 20 Uhr, in unserem Heim, Wallstraße Nr. 21, III. Eintritt 10 Pf.

Ungarischen Schriftstellern droht der Galgen wegen Antifaschismus

Nur Steigerung der Massenaktionen zum Amsterdamer Kampfkongress gegen den imperialistischen Krieg kann den Terror der Kriegstreiber brechen!

Budapest, 20. August. Die ungarische Regierung hat 25 linksgerichtete Intellektuelle und revolutionäre Arbeiter verhaftet. Amtlich meldet sie die „Aufdeckung eines kommunistischen Komplotts“ und massenhafte Verhaftung von Anführern gegen die Hinrichtung von Sallai und Jürst.

Tatsächlich erfolgte die Verhaftungen der Redakteure der wissenschaftlichen Zeitschrift „Társadalmi Szemle“, Dr. Joseph Radzgar und Dr. Paul Sándor, der erstere ein bekannter Dozent der Universität, beide hervorragende Gelehrte, weil sie in ihrer Zeitschrift einen Aufruf zum Antikriegskongress in Amsterdam veröffentlicht haben. Die Verhaftung der Arbeiter erfolgte wegen Vorbereitung von Antikriegsdelegationen in den Betrieben. Unter ihnen befindet sich Genosse Pohl, den die Behörden als „kommunistischen Führer“ bezeichnen. Für Pohl ist die Gefahr des Todesurteils durch das Standgericht am größten.

Sofort muß ein Proteststurm einziehen. Durdet es nicht, daß Ungarns Henter ihr mit dem legalen Mord an Sallai und Jürst begonnenes blutiges Werk fortsetzen! Rettet Genossen Karlas, Pohl und die übrigen vor dem Galgen! Die Verhaftungen müssen der Bewegung zur Bekämpfung des Amsterdamer Antikriegskongresses einen gewaltigen Auftrieb geben!

Sozialdemokratische Arbeiter für den Antikriegskongress

Prag, 19. August. Die Ortsorganisation der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Budislaw Potie teilte

mit, daß sie die Arbeit zur Vorbereitung und Beschickung des Internationalen Antikriegskongresses unterstützen wird. Die Fachorganisation der tschechoslowakischen Holzarbeiter in Budislaw protestiert gegen die Vorbereitung des imperialistischen Krieges. Ein sozialdemokratischer Glasarbeiter aus Neusattel wurde als Delegierter gewählt.

Paris, 19. August. Trotz der Sabotage der 2. Internationale haben die Arbeiter der sozialdemokratischen Ortsgruppen von Saint-Luen und des 15. Pariser Bezirks beschloßen, sich der Sache des Internationalen Antikriegskongresses anzuschließen und Delegierte zu wählen.

Passive Resistenz in einer polnischen Munitionsfabrik

Warschau, 19. August. Die Belegschaft der Lemberger Munitionsfabrik „Arma“ trat gestern in passive Resistenz, um damit gegen die Nichtauszahlung des Lohnes seit drei Monaten zu protestieren.

Erfolgreicher Kampf proletarischer Rekruten

Prag, 19. August. In Kremier und Weißkirchen haben die Rekruten am Stadamt ihre Forderungen überreicht. In Kremier wurden die Forderungen abgelehnt. Die Rekruten haben weitere Maßnahmen zur Durchsetzung ihrer Forderungen ergriffen. In zwei Orten des Bezirks Hombol wurden „Fonds des Soldatenhellers“ errichtet.

Die Antifaschistische Betriebswoche um 14 Tage verlängert

Die Konzentration der Antifaschistischen Aktion auf die Betriebe geht weiter!

Auf vielseitige Anregungen der Betriebszellen und Bezirksleitungen hat das ZK. beschloßen: Die Antifaschistische Betriebswoche wird um 14 Tage verlängert! Bisher wurden bereits gute Erfolge erzielt.

Deshalb in der Fortführung der Antifaschistischen Betriebswochen **noch stärkere Konzentration aller revolutionären Kräfte der Antifaschistischen Aktion auf die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit!**

Die Antifaschistische Aktion muß jeden Versuch, neuen Lohnraub durchzuführen, brechen! Sie muß gegen die Zerschlagung des kollektiven Arbeitsvertrages und gegen die Arbeitsdienstpflicht, sie muß gegen neue Hungernotverordnungen der Papen-Regierung vorgehen. Antifaschistische Aktion gegen die faschistische Schleicher-Papen-Diktatur! Massenselbstschutz gegen den Naziterror! Deshalb alle antifaschistischen Kräfte noch stärker Kurs auf die Betriebe!

Fordert sofortige Freilassung aller angeklagten Ohlauer Arbeiter und die Verhaftung aller wirklich Schuldigen!

Staatsanwalt fordert Hunderte Reichsbannerarbeiter auf die Anklagebank

„Die Öffentlichkeit fordere, daß diese Untaten der Reichsbannerleute vor dem Schnellgericht möglichst schnelle Ahnung finden,“ so führte der Staatsanwalt in seinen Plädoyer aus. In seiner reaktionären Auffassung stand es fest, daß die Reichsbannerleute, die am 10. Juli in Laskowitz einen Umzug veranstalteten, die Faschisten „stark provozierten.“ „Wüste Schreie, die offen zum Mord aufreizten,“ sind nach seiner reaktionären Meinung in Laskowitz gehalten worden. Doch über die Nazibanditen, die die alleinige Schuld an dem Blutbad in Ohlau tragen, sprach er von den „armen Opfern, die müde und erschöpft von dem geungenen Sportfest aus Krieg zurückkehrten.“ Es ist doch nicht anzunehmen, daß diesem reaktionären Vertreter der Staatsgewalt die bestialischen Mordüberfälle der Nazi auf Brieger Arbeiter am Sonnabend und am fraglichen Sonntag ganz unbekannt geblieben sind. Dort wo offensichtlich die vom Fernrohr Heines aufgeschützten SA-Leute in der Oberstr. in ein Haus eindrangen und durch die Tür zwei Arbeiterfrauen anschoffen, erklärte der Oberstaatsanwalt, daß selbstverständlich auch dieser Fall vom Gericht verfolgt würde. Für die Arbeiterschaft ist das noch garnicht so selbstverständlich, zumal bisher noch keine Täter dafür ermittelt sind.

Das Ungeheuerliche was sich der Anklagevertreter leistete war, daß er davon sprach, daß angeblich von der linken Seite die raffiniertesten Verleumdungsversuche in Szene gesetzt worden seien, um die Schuld auf die Nazis „abzuwälzen“ und daß man den „armen Opfern“ sogar den Besitz von Waffen und Handgranaten angehängt hätte. Der Vertreter der Anklage erklärte:

Im gegenwärtigen Strafverfahren werden nur ein Teil der Schuldigen der verdienten Strafe zugeführt. In Wirklichkeit gehören Hunderte von Reichsbannerleuten und Mitgliedern der Eisernen Front auf die Anklagebank.

Mit diesen Reden, die die antisozialistische Arbeiterschaft auf den Klassencharakter der Justiz hinweist, hat der Oberstaatsanwalt erneut das bestätigt, was wir in der Sonnabendausgabe bereits geschrieben haben, nämlich, daß gegen eine Reihe antisozialistischer Arbeiter in den nächsten Tagen neue Strafverfahren anhängig gemacht werden sollen und daß bereits Ermittlungsverfahren eingeleitet worden sind. Bezeichnend ist auch für die Klassenjustiz, daß die Staatsanwaltschaft, um ein recht hartes Klassenurteil fällen zu können, aus dieser fortlaufenden Mordtat der Faschisten vier strafbare Handlungen der Reichsbanner und Eisernen Frontler konstruierte. Auch ist beachtlich, daß der Vertreter der Staatsanwaltschaft einen Spazierstock in den Händen eines Arbeiters als Waffe bezeichnete, während er in den Händen der Nazis oder der Zeugen, zu denen auch der Bürgermeister Hauschild aus Ohlau zählte, der, wie die Weisenaufnahme gezeigt hat, ergeben hat, auch mit einem Stock kam, nicht als Waffe bezeichnet wird.

Nach dem Plädoyer des Oberstaatsanwalt Buch nahm der Staatsanwaltschaftsrat Dr. Haude das Wort, um in seiner Rede auf die einzelnen „Straffälle“ einzugehen. Nach einer kurzen Pause begannen dann die Plädoyers der Verteidiger.

Systematische Verdunkelung während des Prozesses

Rechtsanwalt Dr. Braun, der in seiner Rede die Anklage der Staatsanwaltschaft vollständig zerpfückte, der die Ausführungen der Staatsanwälte als Agitationsreden bezeichnete, brandmarkte dann die unverkündete und lügenhafte Berichterstattung in der reaktionären Presse, insbesondere der „Schlesischen Zeitung“ und der „Schlesischen Tageszeitung“, die in riesigen Schlagzeilen die größten Unwahrheiten und Entstellungen verbreiteten. Er rollte den Vorgang am 15. Juli noch einmal auf und wies an Hand von Beweisen und Tatsachen nach, daß die Nazis in Ohlau, wie in allen übrigen Fällen, die sich in den letzten Wochen und Monaten ereigneten, die Angreifer waren. Es ist ein direkter Widerstand, wenn in der Anklage und in den Plädoyers der Vertreter der Staatsanwaltschaft von einem planmäßig vorbereiteten Überfall des Reichsbanners

auf Nazi gesprochen wird. Hier muß man dem Rechtsanwalt voll und ganz beipflichten. (Die SPD- und Eisernen Frontführer, auch die, die auf der Anklagebank sitzen, sind es doch, die durch ihre ständige Aufforderung zur „Ruhe und Besonnenheit“, die Arbeiter vom Abwehrkampf gegen den braunen Mordterror abhalten und dadurch den Mordbanditen für ihre vorbereiteten Überfälle auf Arbeiter- und Funktionäre Vorschub leisten. Die Red.)

Dann wies Dr. Braun darauf hin, daß einwandfrei festgestellt ist, daß die Nazis Revolver, Dolche und Handgranaten besaßen und sie wiederholt zur Anwendung gebracht haben. Das weisen die Statistiken nach, die, obwohl sie nicht von Arbeitern zusammengestellt sind, zeigen, daß mehr als drei Viertel aller Terrorakte von der SA und SS vorbereitet und durchgeführt wurden. Dann zeigte er, mit welchem Recht die Reichsbannerkameraden ihren angegriffenen und überfallenen Kameraden, Frauen und Kindern zu Hilfe kamen und kam hierbei auf die Einzelverurteilung der von ihm vertretenen Angeklagten zu sprechen. Am Schluß seiner Ausführungen zog er eine Parallele mit dem Prozeß gegen die Faschisten in Schweidnitz und wies auf die ungeheure bestialische Bluttat der braunen Mordgesellen in Königberg hin.

Rechtsanwalt Forber wies darauf hin, daß dieser Prozeß, der mit rasender Geschwindigkeit zum Nachteil der angeklagten Arbeiter geführt wurde, unter dem Motto lief:

Es raßt der See und will sein Opfer haben.

Wenn der Staatsanwalt in seiner Rede ausführte, daß der

Aus dem Brieger Stadtparlament

Pieteret, Nagel und Hessner Arm in Arm

Brieg. Die letzte Stadtverordnetenversammlung, die eine Reihe von Tagesordnungspunkten umfaßte, verlief recht rasch. Nur beim letzten Punkt „Stellungnahme zur Zusammenlegung der Kreise Brieg und Ohlau“ entspann sich eine Aussprache, Oberbürgermeister Pöppel, Vorsteher Heim, sowie Pieteret von der SPD, sprachen sich nur gegen die Zusammenlegung der Kreise Brieg und Ohlau mit dem Sitz der Kreisverwaltung in Ohlau aus. Genosse Flegel wies darauf hin, daß die Zusammenlegung von Kreisen schon während der Amtszeit der braunen Severing-Regierung geplant, jedoch damals von allen Rechtsparteien, die jetzt die Befürworter der Zusammenlegung sind, auf das schärfste bekämpft wurde. In längeren Ausführungen weist der Genosse F. darauf hin, daß die Zusammenlegung nur den Zweck habe, durch straffere zentralistische Zusammenfassung der Verwaltung brauchbarere Instrumente für das Diktaturregime zu schaffen, gleichzeitig aber auch eine Nationalisierungsmaschine auf Kosten der Weidwermittelten durchzuführen.

Bei diesen Ausführungen versuchten sämtliche Stadtverordnete den Genossen Flegel am Weiterreden zu hindern, mit ihrer mehr als dummen Bemerkung, daß er sich „auf politisches Gebiet“, begeben hätte. Genosse Flegel antwortete ganz recht darauf, ob die Zusammenlegung der Kreise vielleicht ein unpolitisches Schweinegeschlachten sei.

Stadtverordneter Hessner, ein treuer Monarchist, verlas dann eine Entschliessung, die er zurecht gebraut hatte, die von sämtlichen Stadtverordneten, einschließlich der SPD und des SA-Männchens, gegen die Stimme des Kommunisten Flegel angenommen wurde. In dieser Entschliessung, die ein Beweisstück für das in Brieg vorhandene Deutschland ist, heißt es u. a.:

„Doch vertrauen wir zuversichtlich, daß die Regierung groß und sachlich genug denkt, um einen begangenen Fehler wieder gut zu machen.“

Weiter heißt es:

„In den schweren Nachkriegsjahren haben wir uns unter Opfern aller Art bemüht, unsere Heimatstadt als ein von unseren Vätern übernommenes Bollwerk des Deutschtums im bedrohten Südboden zu halten und zu festigen.“

Prozeß dadurch erschwert wurde, daß während der Tat Dunkelheit herrschte, so daß die meisten Täter von den Zeugen nicht erkannt wurden, dann muß man hier sagen,

die hier systematisch betriebene Verdunkelung war schlimmer, als jene Dunkelheit der Nacht.

Die „Schlesische Zeitung“, die die Blutschuld der Nazis mit ihren Schlagzeilen wie: „Blutschuld des Reichsbanners erwiesen“ — „Mord als Bandenführer“ — „Überfall auf unschuldig, unbewaffnete Nazis“, verbeden wollte, hat durch ihre lügenhafte Berichterstattung eine Beeinflussung der Zeugen, die zum großen Teil aus dem Lager der Nazis stammten, betrieben.

Auch er zog dann eine Parallele mit dem Schweidnitzer Nazi-Prozeß, in bezug des Verhaltens der Angeklagten, sowie auch des Strafmaßes.

Nach ihm sprach der von der Roten Hilfe gestellte Rechtsanwalt Mosbach, Berlin. Er wies unter anderem auf den Nazizeugen Bente hin, der in seiner jugendlichen fanatischen Dilettantenstellung offensichtlich einen Falsch eid geschworen hat. Er prangerte die Beschränkung in der Verteidigung während der Beweisführung durch den Vorsitzenden an und plädierte dann, wie seine vorhergehenden Redner, auf Freispruch seiner Klienten.

Nachdem von der Verteidigung noch einige Beweisanträge gestellt worden waren, wurde die Sitzung unterbrochen. Die Urteilsverkündung erfolgt heute Vormittag 10 Uhr.

Diese Entschliessung, die sich nach den Worten des Sozialdemokraten Pieteret, angeblich gegen die Papen-Regierung richten soll, enthält weiter folgenden Satz:

„Soll ausgerechnet unsere eigene Regierung uns in unserem harten und opferreichen Ringen anstatt wirksamer Hilfe eine schwere, nie wieder gut zu machende Schädigung zufügen?“

Nachdem dann die alte Pflanzstadt als „ein Hort des Deutschtums“ und als einzig gegebener Sitz der Kreisverwaltung bezeichnet worden war, geht es dann in alter, frisch-fröhlich-schwammig-schwer Weise weiter:

„Entschlossen und freudig wollen wir auch in Zukunft deutsche Grenzlandarbeit tun. Doch hoffen und fordern wir, daß auch die Staatsleitung tatkräftiges Verständnis für Eigenart und Schwierigkeit unserer Lage und unserer nationalen Aufgabe beweist. Ueberhören sie nicht den entschiedenen Protest und Notschrei einer kern-deutschen, schwer ringenden Grenzlandsbevölkerung.“

Nun jagt noch einer, daß die Sozial und die Sapler nicht die nationalen teutschen Belange zu wahren verstehen. Die Zustimmung dieser Parteivertreter zu dieser national-schwammig-schweren, reaktionären Entschliessung ist der Ausdruck dafür, wie tief bei ihnen das „Deutschtum“ verwurzelt ist.

Jeder ehrliche, revolutionäre Arbeiter muß sich von einer solchen Führerelite, die, wie in der Entschliessung zum Ausdruck gebracht wird, das Vertrauen und die Zuversicht in die Hände jener Papen-Regierung legt, die mit allen Mitteln bestrebt ist, die letzten sozialen Erwingensarbeiten der Arbeiterschaft zu vernichten. Nur die kommunistische Partei, die einzige antisozialistische und antisozialistische Organisation, vermag die Arbeiterschaft aus ihrer elenden Lage herauszuführen. Deshalb muß sich die Brieger Arbeiterschaft dem Beispiel der Strombauarbeiterjahrgänge anschließen und sich einreihen in die Antisozialistische Aktion.

Verantwortlich für den politischen Teil, Provinz und Lokales: Adolf Kopolowitsch in Breslau. — Für die übrigen Seiten: Alfred Fendrich, Berlin. — Für Inserate: Albert Calla in Breslau. — Verlag u. Druck: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, Trebnitzer StraÙe 50.

Mike Pell:



Copyright by Internationaler Arbeiter-Verlag, Berlin C 25

18. Fortsetzung

„Es ist billiger und die Frauen haben es leichter, brauchen nicht den ganzen Tag zu Hause sitzen und kochen.“

„Wo warst du gestern abend, Slim?“ fragte Stanley.

„Drüben im Kulturpalast.“

„Na, wie sieht's denn da aus?“

„Schwer zu beschreiben, geh selber hin!“

„Ich werde es dir erzählen“, erbot Eddie sich. „Ein riesiges Gebäude, direkt auf dem Zentrumsplatz. Drei Stock hoch und mit großen Glasfenstern. Das ganze Haus ist im Halbkreis gebaut und sieht aus wie 'n feudales Museum. Und in dem einen Haus findest du zwei Theater und ein Kino mit freiem Eintritt für Arbeiter. Dann ist da ein Kindergarten, wo die Eltern ihre Kinder parken können, wenn sie ins Theater oder in die Bibliothek gehen. Ammen sind da, die für die Kinder sorgen. Gesundheitsausstellungen, technische Galerien, Gottlosen-Ausstellungen, Versammlungssäle, Studierzimmer und Schachzimmer, ein Restaurant... was weiß ich, was es da noch alles gab.“

Slim erinnerte ihn:

„Los, Eddie, du weißt, was du vergessen hast.“

„Oh ja, im Theater! Das ist 'n großer Dubbas mit 2000 Sitzplätzen und da lief ein Schauspiel mit Schauspielern aus Moskau. Das Haus war bombenvoll, aber als die Arbeiter hörten, daß wir ausländische Seeleute sind, gaben sie uns ihre Sitzplätze.“

„Das ist nicht, was ich meine“, beharrte Slim, „erzähle ihnen, was im Obergeschoß war.“

„Ach, halt die Klappe!“

„Was war denn da, Slim?“

Eddie versuchte Slim zu erwürgen, aber Slim brachte es trotzdem heraus.

„Da oben war eine Versammlung von Jungkommunisten. Sie bereiteten sich auf die Mai-Feier vor. Eine junge Genossin kam rüber und fragte Eddie, ob er einige Worte sprechen wolle. Mann o Mann, ihr hättet hören sollen, was Eddie da auf der Bühne für 'ne Rede geschwungen hat.“

„Halt doch die Schnauze, Slim!“

Die Leute lachten.

„Was sagtest du, Eddie? Was hast du über die wunderbaren Verhältnisse erzählt, die wir hier an Bord haben?“

Slim hielt Eddie zwischen seinen Knien fest und fuhr fort:

„Also das war einzig, Jungs! Der Eddie steigt auf das Podium, das Mädels längs als Uebersetzer und legt los:

„Verehrte Damen und Herren!“

Der Professor sah den Witz nicht: „Was soll denn da verkehrt sein?“

„Genossen! natürlich“, sagte Gunnar. „Weißt du nicht, daß es hier keine ‚verehrte Damen und Herren‘ gibt? Sind alles Genossen, auch Stalin! Ja, sogar der Köpfe von einem Schiff ist nichts als Genosse. U“ wenn ihm das nicht paßt, dann kann er seinen Hintern mit '... Hals einer zerbrochenen Wodkaflasche tragen.“

„Schwiegend kam der Pole hereingelaufen. „Was zu essen übrig?“

„Wo zum Teufel warst du die ganze Nacht?“

„Oh boy!“ Er haute wütend rein in die gefochten Kartoffeln.

„Du willst doch nicht sagen, daß du ein Weib gehabt hast?“

fragte Stanley.

„Ein Weib?“ Der Pole freute sich über ihre Unruhe. Als er seinen Schlammgori verjagen hatte, lehnte er sich zurück wie ein Held und spann sein Garn:

„Kennst ihr den Park gegenüber vom Klub dort? Nun, ich promenierte da herum und sah mir die Leute an. Dort waren einige Burtschen, die die Balalaika spielten und dazu tanzten. Ich war eiferfüchtig! Schließlich ging ich bis zur Gummifabrik auf der anderen Seite der Holzbrücke. Es war Schichtwechsel. Die Fabriken dort arbeiten Tag und Nacht. Nun, ein Hausen Mädels kam heraus. Eine bemerkte meine weißen Eiscreme-Josen und

sing an, mich durch den Kakao zu ziehen. Ich gehe rüber zu ihr und sing an zu palavern. Zum Schluß ging ich mit zwei von ihnen nach Hause.“

„Zwei gleich?“ rief Stanley. „Und ich war nicht dabei!“

„Bald bog die eine ab und ich ging mit der anderen nach Hause. Das war ein Pitzsch! Gerade meine GröÙe, mit netten, gesunden roten Backen und auch gut angezogen.“

„Weiter, weiter!“ rief Stanley ihn an. „Es wird brenzlicher.“

„Nun, ich werde euch sagen, sie war nur ein Fabrikmädels, aber sie war besser gebildet als irgend ein Mädels, daß ich jemals in den Staaten getroffen habe. Sie konnte über alles reden: Politik, Wirtschaftsjagen, Bordsverhältnisse, Religion, Ehe, über alles!“

„Konnte sie auch —?“

„Ja, das konnte sie auch und sie wußte sehr gut, wie sie sich zu benehmen hatte.“

„War sie sauber?“ erkundigte sich Stanley. Er konnte nicht genug Einzelheiten hören.

„Ja, das war sie. Und ich mußte es auch sein, sonst hätte sie sich nicht mit mir abgegeben.“

„Wie heißt sie?“ rief Eddie dazwischen.

„Sonja.“

„Hast du ein Präservativ benutzt?“ fragte Stanley.

„Ja, aber weißt du, die haben gar nicht soviel Angst, daß sie schwanger werden. Und hier ist es auch wurscht, ob ein Kind ehelich oder unehelich ist. Wenn eine schwangere Frau kein Kind haben will und sie ist schwanger, dann geht sie einfach in ein Krankenhaus und die Geschichte ist erledigt.“

„Junge, Junge“, seufzte Stanley, „hört sich das nicht gut an? Gehst du heute abend wieder hin?“

„Natürlich! Wißt ihr, Herrschaften, wenn alle Mädels so sind, dann möchte ich dauernd in der Sowjetunion bleiben!“

XIII

Ein Bankierssohn in Leningrad.

Der junge Winchester ging nicht viel an Land. Er sagte, ihm sehe das Pad zu dreißig aus. Die Frau des Steuermannes stammte ihm zu. Diese beiden und einige Witschiffsgäste verbrachten ihre Abende mit Pokern. Sie tranken dabei russischen Wein- und Wodka und erzählten zotige Geschichten über die dummen Russen.

Nazis stellen sich vor als „Arbeiterfreunde“

Nazis als Hauspasha — als Lohndrüber — als Unterstützungsräuber und Urkundenfälscher

Nazi als Hauspasha läßt Rentnerin pfänden

Landeshut. Eine ganz besondere Nummer von einem Hauswirt ist nach Witz der Nazi-Menzel, ehemaliger Büchsenfabrikant. Dieser Rentner, welcher bei Ausbruch des Krieges fast nichts sein eigen nennen konnte, hat es verstanden, durch gerissene Manipulationen mehrere Häuser zu erwerben und eine Wohnung um die andere beschlagnahmefrei zu erhalten. Infolgedessen sind die Läden und Wohnungen bei ihm recht gefüllt. Das hindert ihn aber nicht, als krammer Nazi und Rentier den Mietern das Letzte unter den Nägeln herauszupressen. Obwohl Menzel durch seinen gleichgesinnten Freund Witz informiert sein wird, daß bei Bedürftigkeit Mietentbehligen gewährt werden sollen, verlangt der Hauspasha ab 1. Juli die volle Miete. Ob die Mieter als Erwerbslose oder als Sozialrentner nach der Durchführung der Notverordnung neben der Miete noch etwas zum Leben haben, kümmert diesen Nazi und Prediger der Apostelgemeinde einen Dred. So veranlagte er durch einen Zahlungsbefehl von einer Sozialrentnerin die Eintreibung der Miete, obwohl ihm bekannt ist, daß die Frau nur eine Rente von monatlich 27,50 Mark hat. Davon soll diese Frau monatlich 11,02 Mark Miete für eine einzelne Stube zahlen, für Licht 1,05 Mark, für Stöße 2,80 Mark, für Stierbesätze 1,20 Mark, so daß zum Leben und für Kleidung nur 11,43 Mark oder pro Tag 38 Pfennige übrig bleiben. So steht die Nazis dieser Volkserneuerer aus. Arbeiter! Gewerbetreibende und kleine Angehörte! Macht Schluss mit einer Partei, welche derartige Parakiten in ihren Reihen hält, die heute schon, vor Uebernahme der Macht sich gemein gegen euch zeigen. Reicht euch ein in den antischnitzischen Block zur Abwehr gegen Lohn- und Unterstützungszugungen, gegen Mietwucher und Ermittlungen! Kämpft mit der kommunistischen Partei für Freiheit und Brot!

Nazi als Ausbeuter und Lohndrüber

Lehmwalder. Der Naziführer Herle von Lehmwalder, Drechslergrund, hat sich auch schon im Dritten Reich. Noch schlimmer seine Frau. Sie schikaniert und beutet die Dienstmädchen aus höchste aus. Sie zahlt einen monatlichen Lohn von 16 Mark, jetzt gibt sie nur noch 8 Mark. Von was soll sich ein Mädchen beschaffen. Weil das Dienstmädchen mit dem Lohn nicht einverstanden war, so wurde ihr am 1. August gekündigt. Aber an Arbeit hat es nicht gefehlt. Sie mußte in der Wäsche helfen, wenn die Wirtschafterin kam, die vielen Zimmer besorgen, sich um 2 Kinder kümmern, den Garten instand halten und das Haus besorgen, alles für 8 Mark im Monat. Auch der Hausherr führt sich wie ein Graf. Wenn er zu Hause kommt, so muß das Dienstmädchen schon die Pantoffeln bringen. Macht Schluss mit diesen Ausbeutern.

Kehrt euch ein in die kommunistische Partei, in die Antischnitzische Aktion, kämpft mit gegen Ausbeutung und Lohnraub, für Arbeit und Brot und eure Freiheit.

Nazi als Unterstützungsräuber, neue Futterkrippen winken

Landeshut. Nur in gut verstanden es die Nazi, die reaktionäre Einstellung des Reichsrichters gegenüber den Hilfsbedürftigen für die Unterstützung der Juden auszunutzen, und so mancher der Proleten

sich auf diesen Schwindeln rein. Man ist froh, den wir immer so behandelt haben, wie er es als Sozialdemokrat verdient, gegangen worden. Nazi-Magde ist an seine Stelle getreten. Aber geändert hat sich nichts an der reaktionären Einstellung, nach wie vor wird alles abgelehnt, die Bedürftigkeit verneint; anstelle des ominösen Namens Fehner steht jetzt Magde. So manchem Proleten werden jetzt die Augen geöffnet, der Schwindel von der sozialen Einstellung der Nazi-Magde.

Arbeit und Brot, Freiheit und Gerechtigkeit kann und muß erkämpft werden, durch die Einheitsfront aller Werktätigen, durch Ueberwindung des kapitalistischen Systems, durch Errichtung eines sozialistischen Vaterlands. Drum stärkt die Antischnitzische Aktion.

Nazis wollen durch Urkundenfälschung dem Arbeitsamt junge Leute zum Freiwilligen Arbeitsdienst vermitteln

(Jungarbeiterkorrespondent.)
Waldenburg-Altwasser. Zwei jugendliche Erwerbslose erhielten am 17. August vom Arbeitsamt die Aufforderung, sich am 19. August dabeisitz zum Freiwilligen Arbeitsdienst zu melden, trotzdem sie sich bisher nicht darum bemüht haben. Sie lehnen selbstverständlich den „Freiwilligen“ Arbeitsdienst ab.
Etwas Licht kommt in diese dunkle Geschichte durch folgenden Brief:
Ober-Altwasser, den 17. 8. 32.
Charlottenbrunner-Straße 181.

An das Arbeitsamt Waldenburg!
Hiermit melde ich mich zum Freiwilligen Arbeitsdienst.
Ich bin 20 Jahre alt, bin mit allen Arbeiten vertraut. Meinem Vater kann ich nicht länger zur Last fallen, denn wo soll er mich noch ernähren. Ich müßte mich demnach nur vom Stehlen und Einbrechen ernähren und das kann und muß Deutschland verfallen.
Hochachtungsvoll Herbert Balzer.

Der Erwerbslose Herbert Balzer hat einen solchen Brief nicht geschrieben. Derselbe wurde dem Wohlfahrtsempfänger Fritz W. von Frau Krug (Nazi) übergeben mit dem Ersuchen, ihm dem Arbeitsamt abzugeben. W. hat vor Uebergabe den offenen Brief und seine Herber W. in Kenntnis, der den Brief sofort vom Arbeitsamt zurückverlangte. Vermutlich ist es derselbe Briefschreiber, der nicht Nazis, sondern anderdenkende Jungarbeiter auf diese Art zum Freiwilligen Arbeitsdienst bringen will, der auch die zwei anderen Arbeiter dorthin bringen wollte.

Diese Angelegenheit wird natürlich ein gerichtliches Nachspiel haben.
Jungarbeiter! Kämpft mit dem kommunistischen Jugend-Verband gegen Arbeitsdienstpflicht, Naziterror, für ein freies, sozialistisches Deutschland.

Die Antischnitzische Aktion muß zum starken Volkswort gegen die antischnitzischen Arbeiterhinder und Mörder werden. Nur durch die Antischnitzische Aktion kann der Faschismus geschlagen werden.

Komödie der Bürokraten vor den Bauarbeitern

Opposition fordert Unterstützung der kämpfenden belgischen Bergarbeiter

Altwasser. Am 16. August fand eine Versammlung der Bauarbeiter des Bauereverbundes, Zahlstelle Waldenburg, statt. Der Versammlungsvorstand war äußerst schlecht und zeigte, daß die Mitglieder des Bauereverbundes kein allzu großes Vertrauen zu den Führern des Verbandes haben.

Nachdem vom Hauptverband gab zunächst einen Bericht über die Bauereverbände und die Organisation. Er schilderte die Mißstände auf den Bauten, und um es und die Organisation reinzumachen, erklärte er, daß viele Bauarbeiter nicht für das richtige Ziel arbeiten und das seien vor allen Dingen Kollegen, die in der NSD organisiert seien. In der jetzigen Zeit der Hochkonjunktur im Bauereverbände sind etwas über 500 Maurer und Bauarbeiter beschäftigt. Das bedeutet, daß 80 Prozent aller im Bauereverbände Tätigen auf der Straße liegen. Daß dieses auch im kommenden Jahre nicht besser sein wird, liegt jedem klar auf der Hand. Nicht verstanden wieder einmal die Bauarbeiter, daß sie sich für große Schritte im kommenden Frühjahr rüsten sollen.

An der Diskussion sprach Kollege Gerhard Klose. Er schilderte, wie es die Mißstände nach und nach eingerissen sind. Er zeigte auf, wie die Bauereverbände heute mit den Bauarbeitern und Maurern verfahren. Er zeigte, wie viele Augenblicke es schon gab, wo die Arbeiter auf einen Kampf warteten. Man zog die Unterstützung ab, kürzte die Löhne, führte am 21. Juli einen kalten Staatsstreich durch. Die braune Nordpeit vollführte die unerhörtesten Terrormaßnahmen und keine Gewerkschaft rief die Arbeiter zum Kampf. Auch der Bauereverbund zeigte, daß er längst keine Kampforganisation der Werktätigen mehr ist. Der oppositionelle Kollege forderte auf, mit der NSD und der Opposition gemeinsam den Kampf für Befreiung der Mißstände und eine menschenwürdige Bezahlung zu führen. Die Kollegen mußten sich darüber im klaren sein, daß dieses nur auf dem Wege des Kampfes möglich ist.

Der Demagoge Baze-Waldenburg, der bekannte „Kämpfer der politischen Massen“, schilderte die Lage im Neuroder Bergrevier. Dort seien die Mißstände noch weit schlechter als wie in Waldenburg und dadurch ist die Lebensbewegung einen schweren Kampf gefolgt. Die Unternehmer seien zumindere ein Drittel aus dem Unternehmerverband ausgeschieden, und dann seien die Unternehmer „mit schwer beladendem Material“ gegen die Neuroder Bauarbeiter aufgetreten. Nur das Lohngebiet I wurden 66 Pfennige und das Lohngebiet II 61 Pfennige für den Maurer festgelegt. Kollege Niesel von der Opposition nahm gegen die unerhörtesten Ausführungen von Baze Stellung. Im Verlauf der Diskussion spielte auch die Verschmelzung der Zahlstellen des Bauereverbundes Neuroder und Landeshut eine Rolle. Es stellte sich heraus, daß der Zusammenschluß über die Köpfe der Mitglieder hinweg gemacht wurde, um Baze die Stellung zu sichern.

Von der Opposition wurden einige Anträge eingebracht. Es wurde gefordert: 1. die Aufnahme aller angeschlossenen Oppositionslogen, 2. Bewilligung von 200 Mark für die freitenden belgischen

Bergarbeiter und 3. eine Protestresolution über die gemeine Schreibweise der „Bergwacht“ anlässlich des belgischen Bergarbeiterkampfes. Ueber alle drei Anträge liegen die Gewerkschaftsböden nicht erst abstimmen. Sie zeigten damit bereits den faschistischen Charakter des ganzen Bauereverbundes.

Die Kollegen Bauarbeiter durften in dieser Versammlung nicht zulassen, daß diese Bauereverbände die gestellten Anträge der Opposition mißachtend beiseite legten. Sie fürchteten, daß diese Anträge zur Annahme gelangen würden, und haben mit einem Taschentuch die Abstimmung verhindert. Es ist die Pflicht aller Gewerkschaften, sich zu einem starken Oppositionsblock zusammenzuschließen, sich in die NSD einzureihen und die übrigen Bauereverbände zum Kampf um Brot und Arbeit, gegen die antischnitzischen Unternehmerrichtmethoden und die Vergewaltigung der letzten Rechte der Gewerkschaftslogen durch die Bürokraten zusammenzuschließen und den Kampf aufzunehmen. Verhärtet darum die Antischnitzische Aktion auch in den Gewerkschaften, duldet nicht mehr länger das Spiel dieser Gewerkschaftsbürokraten.

Opfer des kapitalistischen Systems

Langwäldersdorf. Der seit dem 31. Mai 1932 vermählte Alfred Brauner aus Langwäldersdorf im Alter von 13 Jahren wurde tot aufgefunden. Das Motiv zur Tat ist unklar.

Jungarbeiter von Langwäldersdorf, dies ist der falsche Weg, der von vielen gegangen wird. Ihr müßt euch organisieren in der kommunistischen Jugend, um für bessere Behandlung sowie auch für Bezahlung der Arbeit zu kämpfen; denn nur die KJ. kämpft für menschenwürdiges Dasein.

Falsche Arbeitseinteilung auf Kosten der Arbeiter

Langwäldersdorf. Die Straßenarbeiten in Langwäldersdorf mußten am 16. August eingestellt werden, weil kein Material vorhanden war. Es fehlt Teer und Steinpflit. Der Steinpflit wurde angefahren, aber der Teer ist noch nicht da, trotzdem er schon am Sonnabend bestellt wurde. Wie wirkt sich solche Arbeitseinteilung für die Steuerzahler aus? Die Dampfwalze, die gepflegt werden muß, wenn sie auch steht, kostet Geld, das in eine unproduktive Ausgabe. Dadurch erhöht sich der Preis des Straßenbaues. Am Schluss schreit man, das Arbeitslohn ist an der Verteuerung schuld. Wie wirkt sich diese Art Arbeitseinteilung aber auf die Arbeiter aus? Die Arbeiter haben 2 Tage gearbeitet und verdienten 8,32 Mark einschließlich Versicherungbeiträge. Auf gut Glück bekommen sie von der Wohlfahrt 1 Mark zugezahlt (wenn sie es bekommen), das sind 9,32 Mark die Woche. Nun kommt es darauf an, wann der Teer

ankommt, und es kann passieren, daß es Donnerstag oder Freitag wird. Dann bliebe diese Woche noch ein Tag zur Arbeit und die Erwerbslosen bekämen nächste Woche keinen Pfennig Geld in die Hände. Von was leben? Darum kümmern sich diese Herren dann nicht mehr.

Wir fordern von dem Reichsausschuß, den Arbeitern den Schaden zu ersetzen, der nur durch die buntmütige Verteilung des Teers verursacht wurde. Soll das sparen mit den Wohlfahrtsgeldern sein? Arbeiter, hier ist zu erkennen, was die kapitalistische Klasse für eine Unterwirtschaft betreibt. Um unproduktive Ausgaben zu befehligen, muß eine Maschine voll ausgenutzt werden. Die Arbeitskraft wird verbraucht; um aber die Arbeitskraft zu erneuern, braucht der Mensch Lebensmittel, und dazu gehört Lohn. Davon will man nichts wissen. Diese Bauereverbände nennt man „sparen“.

Es ist falsch, wenn die Kollegen diesem Treiben tatenlos zusehen. Ihr müßt euren Lohn für die Zeit, die man euch feiern läßt. Das könnt ihr nur erreichen, wenn ihr euch zusammenschließt in der Antischnitzischen Aktion und dann gemeinsam gegen den Hungerkurs antampft.

Die Kommunisten müssen alle an die Wand

Primkenau. Arbeiter, merkt euch eure Feinde! Der Geschäftsmann leidet vom Arbeiter, lebt von der breiten Masse. Verdient der Arbeiter nicht, nimmt man dem Erwerbslosen die paar Hungerpfennige, dann hat auch der Geschäftsmann nichts. Diese Erkenntnis ist auch bei einem Teil der Geschäftsleute eingedrungen; nichts desto weniger gibt es aber auch eine Anzahl Geschäftsleute, die es nicht lassen können, mit ihren Neben die Arbeitererschaft zu verlegen. Zu diesen gehören nachstehend aufgeführte Geschäftsleute: Tischlermeister Rudolf Müller und der Kaufmann mit dem „biden Bau“ in Primkenau. Beide sind bürgerliche Magistratsmitglieder, und über das Verhalten dieser beiden Magistratsmitglieder gegenüber der Arbeitererschaft werden wir noch später berichten. Ersterer nennt sich sogar zweiter Bürgermeister und steckte auch bei der letzten Wahl seine Nazimordmaschine zum Fenster heraus. Der andere ist derjenige, welcher den Anspruch machte: Die Kommunisten müssen alle an die Wand gestellt werden! Nicht viel besser sind auch die Wäldermeister Konrad, Scharf und Buchwald. Alle drei waren eifrige Brotlieferanten für die Nazikaserne. Da aber trotzdem diese vorstehend aufgeführten Geschäftsleute zur Erhaltung ihrer Existenz auf die Arbeiterergroschen angewiesen sind, hat es die Arbeitererschaft also in der Hand, diesen Leuten beizubringen und zu beweisen, von wem sie überhaupt leben. Arbeiter, richtet euch danach!

Nazi-Presse will ablenken

Primkenau. Flueß ist der hierorts bekannte Berichterstatter der „Norddeutschen Tageszeitung“, des bekannten nationalsozialistischen Verdrehungsorgans. Es gab aber auch eine Zeit, da hatte Flueß eine andere Beschäftigung, er fühlte sich seinerzeit dazu berufen, kleinen sechsjährigen Mädchen die „echte Liebe“ beizubringen. Für dieses sittenlose Verhalten verbüßte er eine Gefängnisstrafe in Glogau, nun glaubt er ein Journalistengenie geworden zu sein, indem er den Spießbürgern in dem elenden Käseblatt Berichte schreibt. Er beschäftigt sich eingehend mit den „roten Bürgerkriegsübungen“ in Primkenau. Wenn die Arbeitererschaft gegen die braune Nordpeit auf der Hut ist, so ist das nach seiner Meinung schon Bürgerkriegsübung. Es wäre angebracht, wenn dieser „seine“ Wert Flueß sich damit beschäftigen würde, daß im braunen Haus Toischläger, Hummelnäpfe, Stahlruten, Dolche und Seitengewehre seitens der Polizei beschlagnahmt würden. Brauchen die Nazisbanditen in Primkenau diese Gegenstände vielleicht für ihren „Schutz“? Mit diesen Mordwaffen will man gegen die revolutionäre Arbeitererschaft vorgehen.

Anlässlich der Beschlagnahme der Waffen macht man jetzt abwechselnd etwas Polzeißehe, aber das ist nur zur Ablenkung für die Arbeiter. Die Polizei hat ja bei uns die Hauptaufgabe, die Nazijungen immer nach Hause zu begleiten. Sie fürchten nämlich, von der Liebe der Arbeiter erbrüht zu werden. Das ist zwar weniger schön, zumal Nazi-Flueß doch einmal auf den Posten als Polizeikommissar im 3. Reich in Primkenau wartet, versprochen ist er ihm.

Die Klassenbewußten Arbeiter in der Antischnitzischen Aktion werden den antischnitzischen Mordkolonnen das Handwerk legen und die Nazi-Dreckschleuder mit samt Herrn Flueß dahin besorgen, wo sie hingehören, auf den Misthaufen der Geschichte.

Fräulein Hannemann als Gefinnungsschnüfflerin

Görbersdorf. Frä. Hannemann, ehemals Gesellschafterin bei der vor kurzer Zeit verstorbenen Schwester Magda, die auch eine von den 30 Erben der Dr. Brehmer'schen Heilanstalten war, ist nach deren Tode zum Univerjalerben eingesetzt worden und gibt sich jetzt die erdenklichste Mühe, dieses Schlemmerleben auch immer zu haben. Sie ist natürlich bei den Nazi, wie auch die verstorbene Schwester Magda, und läuft sich für diese „Arbeiterpartei“ die Fäden ab. Sie geniert sich aber auch nicht, Einwohner, welche nicht öffentlich ihre Gefinnung teilen, so ganz demagogisch auszuordnen oder wie man so sagt Gefinnungsschnüffler zu treiben. Frä. Hannemann sei gesagt, daß sie sich um ihre eigenen Dinge kümmern soll, so daß sie für fremde Leute wahrlich keine Zeit übrig haben wird. Ihr Tätigkeitsfeld wäre, etwas für ihr Personal zu tun. Das weibliche sowie das männliche Personal kennt sie ja zur Genüge. Naum daß sie diesen Leuten die Lust zum Leben gönnt. Den Nutznießern der kapitalistischen Gesellschaft steht der Profit über alles. Sie haben alle Ursache, für Hitler und seine SA. begeistert zu sein, weil die zu ihrem Schutz da ist. Den Arbeitern und werktätigen Mittelschichten sei gesagt, daß sie mit diesen Leuten nichts gemein haben; auch sie müssen kämpfen Seite an Seite mit den revolutionären Arbeitern unter Führung der einzig antischnitzischen Partei, der KPD, gegen das heutige Elend, für eine bessere Zukunft, für ein Sowjetdeutschland.

Ganoffan!
nourbt für einen
Praxsa!

Zurück!
Dr. Lewkowitz
Ohren-, Nasen-,
Haisarzt
Waldenburg i. Schl.

Pietzuch schlimmer wie ein Hund erschlagen!

Durch 29 Verletzungen gemordet — Halsschlagader zerrissen und Kehlkopf zertrümmert — Buchstäblich zu Tode getreten — Verhandlung eine wüste Kommunistenheke

Betriebsbelegschaften fordern Todesstrafe für Nazimörder!

Beuthen, 20. August. Der heutige Verhandlungstag begann mit der Stellung von Beweisunterlagen des Nazi-Anwalts Zuetgebrune, die sich stützen auf eine Statistik des Preussischen Innenministeriums — diese stammt aus der Regierungszeit des Sozialdemokraten Seering —, wonach die Kommunisten die Angreifer waren und deshalb die SA durch den Befehl von Fememörder Heines das „Notwehrrecht“ für sich in Anspruch nehmen. Nicht genug daß die Nazi-Presse in wüster Form zum Mord und Terror gegen die antifaschistischen Arbeiter auffordert, bringt es der Leibanwalt Hitzers nun auch fertig, in aller Deutlichkeit und vor einem Gericht diese Terrorakte und Morde gutzuheißen und mit „Notwehr“ zu rechtfertigen.

Das Gericht tritt nun in die Zeugenvernehmung ein.

Als erste wird die Mutter des ermordeten Arbeiters Pietzuch aufgerufen, um die Vorgänge in der Wornacht zu schildern: „Am dem betreffenden Abend“, so schildert die schwergeprüfte Mutter des Ermordeten, „gingen wir gegen 8 Uhr abends zu Bett. In der späten Nachtstunde hörte ich im Hofe ein Trampeln, welches von mehreren Personen herrühren mußte. Plötzlich ging die Tür auf und mehrere Personen drangen in unser gemeinsames Schlafzimmer ein. Im gleichen Moment flammte eine elektrische Taschenlampe auf, durch deren Lichtegel ich gebendet wurde. Ich fragte: „Was ist das?“

Die Antwort darauf war: „Hände hoch!“ und die Eindringlinge riefen: „Konrad raus!“ Sie fielen über meinen schlafenden Jungen her und schleppten ihn aus dem Bett heraus. Zum Schutz hielt er die Bettdecke vor sich hin, jedoch bekam er von hinten einen Stoß, so daß er umfiel und

die Leute sich auf ihn stürzten und ihn schlugen. Es wurde gerufen: „Sicht aus!“ In diesem Moment muß es meinem Sohn gelungen sein, sich seinen Peinigern zu entziehen und flüchtete in die daneben liegende Kammer. Beim plötzlichen Neberausblitzen der elektrischen Taschenlampe bemerkte ich, daß jeder der Angreifer eine Pistole in der Hand hatte. Zu meinem anderen Sohn, der durch den Tumult ebenfalls aus dem Schlafe aufgeschreckt war, sagten sie:

„Du kommst auch dran — stell dich an die Wand!“

Plötzlich sagte einer der Mörder: „Schick, schick!“ Ich hörte einen Schuß, worauf die Angreifer das Zimmer verließen. Als alles aus dem Zimmer war, fing ich in meiner Angst an zu schreien, worauf meine Schwiegertochter Ursula Pietzuch ins Zimmer gelaufen kam und Licht machte

und dabei feststellte, daß es 2 Uhr nachts war.“ Während dieser Vernehmung meldete sich der Angeklagte Gräupner zum Wort und stellte die Behauptung auf, daß die Mutter des Ermordeten den Vorfall gar nicht gesehen haben könne, da sie mit dem Gesicht zur Wand gelegen habe und einer der Angeklagten vor dem Bett gestanden haben soll. Auf die Erwiderung der Mutter, daß sie sich im Bett ausgerichtet habe und somit den Vorfall sehr gut beobachten konnte, springt der Nazi-Anwalt Lomak ein und sagt: „Und das hat der Mann, der vor Ihnen am Bett stand, Ihnen so ohne weiteres erlaubt?“

Diese Frage des Nazi-Verteidigers gibt Aufschluß darüber, daß die Nazis auch die Aufgabe haben, Zeugen ihrer Mordtaten auszuschalten.

Sondergericht sanktioniert das Standrecht der Nazis

Das Sondergericht zog sich über die vom Nazianwalt gestellten Beweisunterlagen zur Beratung zurück. Nach der Beratung nahm Staatsanwalt Lachmann das Wort zu dem Beschluß des Sondergerichts über die gestellten Beweisunterlagen. Die Beweisunterlagen wurden in ihrer Gesamtheit von dem Sondergericht abgelehnt, da, wie Staatsanwalt Lachmann ausführte, dieselben für die Klärung des zur Verhandlung stehenden Falles unerheblich sind. Ausdrücklich wurde erklärt, daß nur das der ausschlaggebende Grund der Ablehnung sei.

Im weiteren führte Staatsanwalt Lachmann aus, „daß das Sondergericht ohne Zweifel als wahr unterstelle, daß die Terrorakte von den Kommunisten ausgehen, die die Nationalsozialisten auf Grund dieses Notstandes zwingen, von dem „Notwehrrecht“ Gebrauch zu machen. Gleichfalls wird als wahr unterstellt, daß ein Gerichtsurteil des Landgerichts Gleiwitz gegen den Nationalsozialisten Malinowski wegen Waffenbesitz bei der Strafbemessung das „Notwehrrecht“ den Nationalsozialisten zuerkannt hat. Gleichfalls wird als wahr unterstellt, daß der Oberführer von Schlesien, Oberleutnant Heines, auf Grund des kommunistischen Terrors den Befehl an die SA-Verbände gegeben habe, gegen den Terror der Kommunisten unerschrocken einzugreifen durch die Anwendung des latenten „Notwehrrechtes“. Demgemäß kann auch als wahr unterstellt werden, daß die Nationalsozialisten zur Durchführung der beschlossenen Maßnahmen in den einzelnen Gebieten SA-Bereitschaften unterhalten.“

Da all diese Dinge für die zur Verhandlung stehende Aufklärung der Tötung von Pietzuch unerheblich sind, mußten die Beweisunterlagen abgelehnt werden, mit Ausnahme der Ladung einiger Zeugen, die befragen sollen, daß Angeklagte und Angehörige derselben von den Kommunisten bedroht worden sind. Es werden daher der Gastwirt Hymni-Rokittitz, der Landjäger von Rokittitz, der Kaufmann Walter-Gleiwitz und Malinowski-Gleiwitz sowie Krügel-Beuthen geladen.

Mit Ausnahme des Landjägers sind die zu ladenden Zeugen Nationalsozialisten, unter ihnen der SA-Führer Malinowski, der im Zusammenhang mit dem Gleiwitzer Gerichtsurteil, welches das latente „Notwehrrecht“ der Nazi anerkennt, seinerzeit wegen Waffenbesitz zur nur 14 Tager Gefängnis verurteilt und sofort auf freien Fuß gesetzt wurde.

Dieser Beschluß des Sondergerichts in der Frage der Nazi-Beweisanträge zeigt mit aller Deutlichkeit, daß die Klassenjustiz den Nationalsozialisten das Recht einräumt, SA-Formationen bewaffnet zu unterhalten, um angeblich, wie der Befehl des Fememörders Heines lautet, den angeblichen kommunistischen Terror zu unterbinden und dabei von der Waffe Gebrauch zu machen.

Man sanktioniert den nationalsozialistischen Terror angesichts der Tatsache, daß in Oberschlesien der antifaschistische Landarbeiter August Wassy, Bankau, von Nationalsozialisten Viehisch ermordet wurde und ebenfalls der antifaschistische Arbeiter Pietzuch. Das geschieht ferner angesichts der Tatsache, daß das 25. Morgen große landwirtschaftliche Anwesen des Kleinbauern Barowski in Jamn, Kreis Rosenburg, durch Nationalsozialisten in Brand gesteckt und besonders auf die Söhne des Kleinbauern, die dem Kampfbund gegen den Faschismus angehören, ein Bombenattentat verübt wurde. Die Proklamierung des nationalsozialistischen Standrechts bedeutet, daß die antifaschistische Bevölkerung vollkommen schutzlos dem faschistischen Mordterror ausgesetzt werden soll.

Nazi-Verteidiger Zuetgebrune proklamiert Nazi-Standrecht

Auf die Ablehnung der gestellten Beweisunterlagen antwortete der Nazi-Verteidiger Zuetgebrune dem Staatsanwalt Lachmann, daß er

die von Lachmann wohl anerkannte Tatsache, daß in überwiegendem Maße die Angreifer Kommunisten waren, nicht gutheißen kann, sondern es steht fest, daß die Kommunisten in allen Fällen die Angreifer sind und den Terror durchführen. So ist uns bekannt, daß die Kommunisten Anweisung gegeben haben, alle nationalsozialistischen Führer zu ermorden und die überwiegend von Nationalsozialisten bewohnten Dörfer in Brand zu stecken.

Sier entstand im Gerichtssaal sowie bei einem Teil der Zuschauer, außer den Nazis, ein hörbares Gelächter, und man konnte es selbst manchem Nazi ansehen, daß ihn diese Art von blöder Beweisführung, die sich auf keinen einzigen konkreten Fall stützen kann, wo, wie der Nazi-Verteidiger Zuetgebrune angab, Naziführer ermordet, Naziführer in Brand gesteckt und bewußt und planmäßig Terror von den Kommunisten ausgeübt wurde. Mit lächerlichen Argumenten wie, daß der angeklagte Nationalsozialist Gräupner ständig in seinem Heimatsort sowie seine Ehefrau bedroht wurden, daß so gar, ohne daß dies gerichtsnotorisch feststeht, maskierte Personen in die Wohnung von Gräupner drangen, versuchte Nazi-Zuetgebrune nachzuweisen, daß die Nationalsozialisten vollkommen unschuldige Opfer (!) sind.

Nazi zittern vor dem Protest der Arbeiterschaft

Insbesondere führte Nazi-Zuetgebrune an, daß ihm bekannt wurde, daß man von Seiten der Kommunisten und Roten Hilfe an das Sondergericht Telegramme und Schreiben sandte, daß man für die angeklagten Nazis die Todesstrafe fordere.

Dazu ist zu bemerken, daß es sich um die in der „Neuen Zeitung“ veröffentlichten Schreiben und Telegramme der oberstelektischen Grubenbelegschaften und Betriebsräte handelt.

Unter den Gruben- und Betriebsbelegschaften herrscht eine ungeheure Empörung über den brutalen und feigen Nazi-Mord an dem antifaschistischen Pietzuch, um so mehr, da der Viehische Mord an dem antifaschistischen Landarbeiter August Wassy bei der Arbeiterschaft noch in frischer Erinnerung lebt.

Neben diesen in Oberschlesien durchgeführten Morden an Antifaschisten durch die vertierten SA-Beisten erinnern wir nur an die schändliche Ermordung des Genossen Hennig-Damburg und den jüngsten Mord in Königsberg. Wenn die Naziführung früher für ihren Mordterror noch die „Entschuldigung“ hatte, wie bei den bestialischen Morden in Königsberg, diese Akte auf die angebliche „Rollewut“ zurückzuführen und „verhandlich“ sind, wenn SA-Männer im Horn die von der Naziführung „verurteilten“ Laten begingen, so hat diese Beuthener Sondergerichtsverhandlung gezeigt, daß man auch das letzte Mäntelchen fallen läßt und offen das Recht fordert, Antifaschisten als außerhalb der „Gesetze“ stehend zu betrachten.

Polizeibeamte als Zeugen unterstreichen den wütenden Naziterror

In der weiteren Zeugenvernehmung werden die Argumente des Leibanwalts Hitzers, Zuetgebrune, durch den Landjäger Schippe und den schon vernommenen Landjäger Osadczyn-Tworog Lügen gestraft. Bei der Befragung der betreffenden Landjäger durch den Vorsitzenden des Sondergerichts, Himmel, ob in ihrem Amtsbezirk irgend welche kommunistischen Terrorakte bekannt wären oder insbesondere die Landjäger von der nationalsozialistischen Bevölkerung und der SA um Schutz gegen kommunistischen Terror ersucht worden sind, mußte der Landjäger Schippe und Osadczyn dies verneinen. Landjäger Schippe erklärte, daß im fraglichen Zeitraum Dezember 1931 bis zur Wahl am 31. Juli keinerlei Terrorakte in seinem Amtsbezirk festgestellt wurden, außer einigen unbedeutenden Plakateleien.



Zum 18. Internationalen Jugendtag am 4. Sept. 1932

Im Gegenteil dazu wurde ich immer wieder von der Bevölkerung angegangen, sie gegen die nationalsozialistischen Bedrohungen zu schützen. So wurde den Gegnern des Nationalsozialismus angebroht, insbesondere durch Lachmann-Potempa, daß sie erschossen und aufgehängt werden. Mir selbst mit meinem Amtscollegen Osadczyn wurde durch mir hinterbrachte Meldungen von Nationalsozialisten angebroht, daß wir auch abgehängt und „erlebt“ werden. Ich habe aber diese Drohungen nie ernst genommen und bin darüber hinweggegangen. Nur kann ich noch im besonderen erwähnen, daß wir schon vor dem 31. Juli, wo bekanntlich

das große Hängen und Erschießen beginnen sollte, durch eine Eingabe bzw. Schriftsatz Potempaer Bürger an die Behörden aufmerksam gemacht und ersucht wurden, die Bevölkerung gegen die immer mehr überhandnehmenden Bedrohungen zu schützen.

Diese schriftliche Eingabe war von einer Reihe Bürger der Ortschaft Potempa unterschrieben, u. a. von dem Hauptlehrer Beck und dem Lehrer Berndt.

Als der Landjäger nach dem Leumund des getöteten Pietzuch befragt wurde, sagte der Landjäger aus, daß er P. wohl gekannt habe, aber mit ihm persönlich erst in der letzten Zeit in Berührung kam. Wesentlich Nachteiliges konnte er über P. nicht ausfinden. Der getötete Pietzuch war, wie feststeht, kein einziges Mal bestraft, obwohl insbesondere der Nazianwalt und Hilfsverteidiger Lomak durch die in der Zeugenvernehmung gestellten Zwischenfragen versuchte, den getöteten Pietzuch als einen übel beleumundeten Menschen und Kaufbold hinzustellen, wofür aber keinerlei Beweise angetreten werden konnten. Man griff durch den Nazi-Verteidiger Lomak zu dem schäbigen Mittel, der alten betagten Mutter des Pietzuch vorzuhalten, daß sie ihr Sohn Konrad verprügelt habe.

Die greife Mutter des getöteten Pietzuch erklärte auf diese Gemeinheit in erhöhtem und erregtem Tonfall: „Das ist nicht wahr! Mein Sohn hat mich nie geschlagen!“

Wie wir wissen, hat die Mutter Pietzuch mit ihren Söhnen Konrad und Alfons im besten Ginnvernehmen gelebt und die Söhne sind ihre Stütze. Dieser Versuch, mit solchen Mitteln die Nazimörder zu entlasten, ist äußerst kennzeichnend für die Nazimoral. Wie die Nazis zu den wertvollen Frauen stehen, ist der Arbeiterschaft genügend bekannt. Es gibt in keiner Bewegung der verfaulenden kapitalistischen „Ordnung“ eine größere Mißachtung der Frau und des wertvollen Mädchens als in der Nazibewegung, die die Frau als minderwertig und dem Manne untergeordnet wertet, die dem Nazimann nur „Dienerin und Magd“ ist.

Bergarbeiterkameraden!

Gebt für den Kampffonds zur Untersfützung eurer streikenden belgischen Kameraden!

Pietzuch Viehisch von den Mordbanditen wie ein Hund erschlagen!

Im Verlauf der Verhandlung gibt der ärztliche Gerichtsachverständige Dr. Weimann das Gutachten über die Tötung des Antifaschisten Pietzuch ab.

Pietzuch ist, so führte der sachverständige Gerichtsarzt sinngemäß aus, durch 29 wuchtig geführte Stieb- und Schußverletzungen getötet worden. Die eigentliche Todesursache ist nicht der Stieb, sondern sind die Stiebverletzungen. Die Schläge müssen mit einer kolossalen Wucht und Schwere geführt worden sein, da solche Verletzungen nur bei schweren Betriebsunfällen in Erscheinung treten und auch bei solchen Verletzungen können in drei Gruppen geteilt werden, wovon die erste Gruppe zum Tode führen mußte. Pietzuch muß nach den eingehenden Untersuchungen der Verletzungen, nach den tödlich wirkenden zu rechnen, am Fußboden gelegen haben und dort mit schweren Fußritten gegen den Hals getreten worden sein, da die Halsschlagader zerrissen und der Kehlkopf zertrümmert wurde. Das muß mit einer außerordentlichen Wucht geschehen sein, so daß infolge der vorgenannten Verletzungen eine Bluteinatmung eintrat, an der Pietzuch erstickte. Die Schläge können nicht nur von einer Person ausgeführt sein, sondern von mehreren, da der Zeitraum, in dem der Tod eintrat, ein recht kurzer ist, wenn man die Tötung durch Schläge berücksichtigt. Die Schußverletzung hat nicht zum Tod geführt, sondern die Stiebverletzungen.

Dieses Sachverständigen-Gutachten besagt mit aller Deutlichkeit, daß an der Ermordung des Antifaschisten Pietzuch die im Zimmer befindlichen fünf Nazimordbanditen alle an derselben teilgenommen haben.

Wie einen toten Hund hat man den Antifaschisten Pietzuch zu Tode geprügelt und diese Art als „Notwehrrecht“ soll in Permanenz ausgeübt werden durch die Nazimordbanditen, wenn es nach dem Gememörder und Oberführer der Nazi, Heines gehen soll.

Nazimordbanditen drohen und terrorisieren weiter

Im weiteren Verlauf der Vernehmungen machten noch die Zeugen Hahn und Burgmeier entscheidende Aussagen über

den Tatbestand und die Zeit der Ermordung von Pietzuch, während die Zeugen Stoppel und Waldonek aus Potempa Schilderungen über den in und um Potempa herrschenden Naziterror und Bedrohungen geben, die sich insbesondere in der letzten Zeit außerordentlich zuspitzten.

So daß, wie der dem Zentrum angehörige Zeuge Stoppel ausfragte, die Bewohner wegen den Drohungen der Nazis nicht mehr in ihren eigentlichen Wohnungen schlafen.

Neben den Kriminalbeamten, die die Ermittlungen in der Mordsache Pietzuch führten, wurden noch die durch den Rechtsanwalt Luettegebundene zitierten Zeugen Janni, Krügel, Frau Gräpner, Wachtmeister Meier von Kollitnik, Walter Hoffmann, Kleinwig, vernommen, die alle den Nazis angehören, außer dem Wachtmeister Meier und phantastische Angaben über angebliche Kommunistenüberfälle machten. Die Frau des Nazi-Gräpner machte solche haltlose Angaben über angebliche Kommunistenüberfälle, die durch den geladenen Wachtmeister Meier widerlegt wurden, obwohl die Nazis sich auf diesen Zeugen stützen wollten.

Der SA-Heimbefehliger Janni, Kollitnik, erklärte auf Befragen, ob das SA-Heim öfters von Kommunisten bedroht wurde, daß ihm davon nichts bekannt sei und lediglich eine kleine Plänkelei vor dem Gasthaus bzw. SA-Heim vorkam, die aber ohne wesentliche Schwierigkeiten beigelegt wurde. Sonst ist ihm von einer Unstetigkeit in Kollitnik nichts bekannt. Die SA-Leute Krügel und Hoffmann machten derartige phantastische Angaben über angebliche Kommunistenüberfälle, daß man sich so viel Phantasie und Idiotie eines Lächelns nicht erwehren konnte. Noch zu bemerken ist, daß der Nazi-Zeuge Krügel im Zuhörerraum den Verlauf der Verhandlung vor seiner Vernehmung verfolgte.

Schon die vernommenen Landjäger bekundeten, daß die Nazis die Bewohner bedrohten, dem sie aber keinen Wert beilegen. Der Zeuge Stoppel, Potempa, machte aber Aussagen in solcher bestimmter Form, die auch nicht durch die Zwischenfragen des Naziverteidigers Sowaal erschüttert werden konnten. Er gibt auf Fragen an, daß er der Zentrumspartei angehört, der auch früher der angeklagte Lachmann angehört. Lachmann übt in der Gemeinde ein derartiges Terrorregiment als Nazi aus, daß die Bevölkerung direkt in Furcht vor ihm versetzt wurde. Zahlreiche Dorfbewohner wandten sich in diesen Fällen an mich, da ich mich als Gemeindevertreter verpflichtet fühlte, diesem Willkürregiment das Lachmann entgegenzutreten. Dies zog mir die erbitterte Feindschaft von Lachmann zu. Neben Zentrumangehörigen wandten sich auch kommunistisch gesinnte Personen an mich und teilten mir immer wieder mit, wie man sie bedrohe, insbesondere durch Lachmann und seine Leute. Hier schnappte der Naziverteidiger Sowaal

wieder ein und bemerkte: „Das scheint ja dort ein eigenartiges Verhältnis zu sein, daß Zentrum mit den Kommunisten harmonisiert.“ Darauf erwiderte Stoppel, daß er als Zentrumsmann nicht die geringste Gemeinschaft mit dem Kommunismus habe und er diesem ablehnend gegenüberstehe. Aber daß sich selbst kommunistisch gesinnte Personen an mich wandten, ist einmal zu erklären dadurch, daß ich Gemeindevertreter bin und Lachmann ihm mißliebigen Personen ganz gleich wo sie standen, wenn sie arbeitslos waren, in vollkommen ungerechtfertigter Weise die Wohlfahrtsunterstützung entzog, wenn sie sich wagten, gegen den Terror aufzulehnen. Dafür kann allemal der Beweis geführt werden. Und zum anderen habe ich Telefon im Hause, sodaß ich bei Gefahr die Landjäger antelephonieren konnte.

Zu dieser Aussage kann man noch bemerken, daß der Kriminalbeamte Seeliger in seinen Zeugenaussagen betonte, daß er vom Landjäger gehört habe.

„Daß Lachmann zu allem fähig ist!“

Der Zeuge Stoppel führte dann noch aus, daß er in der Mordnacht vom 9. zum 10. August durch Hundgebell gegen 12 Uhr nachts wach wurde. Ich habe an meinem Bett einen Wecker mit nachts leuchtendem Zifferblatt, sodaß ein Irrtum ausgeschlossen ist. Die Bedrohungen der Nationalsozialisten gegenüber der Bevölkerung gehen trotz des Mordes ungehindert weiter. Ich soll erschossen werden und die „Zentrumsschweine“ müssen verschwinden, heißt es immer wieder. Diese Bedrohung trifft alle Bevölkerungskreise, die nicht in das Horn der Nazi stoßen.

Außer weitere Bedrohungen macht auch noch der Zeuge Waldonek Angaben. Auf Befragen vom Vorsitzenden erklärte er, Mitglied der KPD zu sein und leistet seine Aussagen unter dem weltlichen Schwur. Auch nach dem Mord kann man immer wieder von den Nazis hören „erschießen und aufhängen“. Die übelsten Morddrohungen werden ausgestoßen. Allgemein betonen die Nazis bei ihren Drohungen, wie wir schon in der „Neuen Zeitung“ berichteten,

Pietzuch war noch nicht der letzte!

Die Zeugen Hahn und Burgmeier waren diejenigen, die in der Mordnacht den Nazi Wolnija auf der Dorfstraße festnahmen und beobachteten, wie man gegen 12 Uhr nachts in der Nähe des Lokals Lachmann in Potempa die Telefonleitung am Mast zerstören wollten. Den Wolnija nahmen wir gegen 12 Uhr nachts auf der Straße fest, während die übrigen Nazis, die wir stellten, flüchteten. Von dem Mord erfuhren wir erst später. Auf der Straße fanden wir bei der Festnahme von Wolnija den hier auf dem Tisch liegenden Gummihüpfel und die Pistole. Die als Zeugen geladenen Kriminalbeamten äußerten sich im wesentlichen zu den von ihm vorgefundenen Zustand am Tatort des Mordes an Pietzuch.

Mit der Vernehmung der hier angeführten Zeugen wurde die Beweisaufnahme geschlossen und die Verhandlung auf Montag 9 Uhr, vormittags, verlagert, wo das Plädoyer des Staatsanwalts erfolgen wird und man voraussichtlich am Dienstag mit der Urteilsverkündung rechnen kann.

An die Bergarbeiter aller Länder!

Schnelle Hilfe für die belgischen Bergarbeiter tut not!

Kameraden!

Die belgischen Bergarbeiter müssen kämpfen. Eine Niederlage der belgischen Kampfkräfte würde nicht nur ungeborenes Elend, eine neue brutale Schreckenswoche für die gesamten belgischen Arbeiter, sondern für die Bergarbeiter und Arbeiter der anderen Länder bringen.

Die belgischen Bergarbeiter von den reformistischen und christlichen Gewerkschaftsführern, von der Amsterdamer Internationale betrogen, brauchen in ihrem heldenhaften Kampf dringend die Hilfe der Bergarbeiter aller Länder. Von der Solidarität der Bergarbeiter aller Länder hängt es ab, ob die belgischen Kampfkräfte trotz des reformistischen und christlichen Verrats kämpfen werden. Plegt und organisiert diese Solidarität in der Tat als eine Waffe gegen die internationalen Lohnräuber und ihrer reformistischen, christlichen und feindsinnigen Helfershelfer.

**Verhindert jede Tonne Kohle nach Belgien!
Steigert die finanziellen Sammlungen für die Streikenden!**

Wacht in allen Belgischen zum belgischen Bergarbeiterstreik Stellung. Fordert die sofortige Freilassung der verhafteten streikenden Bergarbeiter und des Sekretärs des Internats der Bergarbeiter, Gustave Sobotta. Wehrt die Interventionen aus den Belgischen, die bei dem belgischen Komitat die Freilassung des Generals Sobotta im Namen ihrer Belgischen fordern.

Es lebe der belgische Bergarbeiterstreik!

Es lebe die internationale Solidarität der Bergarbeiter.

Internationales Komitee der Bergarbeiter.

Berlin, den 13. August 1932.

**Staatsanwalt Patichowski spricht
Nazi „Notwehrrecht“ zu!**

Breslau, 20. August. Am Sonnabend wurde vor dem Sondergericht gegen vier Arbeiter aus Stabelwitz wegen „gemeinschaftlicher Körperverletzung und der öffentlichen Aufreizung zur Gewalt“ verhandelt. Es handelte sich hierbei um einen am 27. Juli auf der Stabelwitzer Uebungs- vorgekommenen Zusammenstoß. Der antifaschistische Arbeiter Wolf bekundete, daß ihn der Faschist Kappich angegriffen habe. Auch ein Entlastungszeuge hat beobachtet, daß Wolf nur einen Angriff abgewehrt habe. Diesem Entlastungszeugen wurde aber nicht geglaubt.

Der antifaschistische Arbeiter Richard Wolf wurde zu drei Monaten Gefängnis, der Arbeiter Wiesner zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Beide Angeklagten wurden sofort in Haft genommen.

Auf das skandalöse Verhalten des Staatsanwalts Patichowski, der dem Nazi Kappich das Recht der „Notwehr“ zuerkannte, kommen wir noch zurück.

Ergebnisse von der Antifaschistischen Betriebswoche

Waldburg. Zu den bereits gemeldeten Ergebnissen am 15. 8. kommen hinzu: Der Hans-Heinrich-Schacht wurden am Sonntag 15 Broschüren verkauft und drei Kameraden für den CPD gemorben.

Auf der Melchiorgrube wurden vor dem Betriebe für 17 Marx Literatur und Zeitungen umgesetzt.

Wo bleibt die Melbung von den fürstlichen Gruben, der Glückhoff-Friedenshoffnung-Grube und den anderen Betrieben?

Genossen, halt das Veräurte sofort nach und setzt die Sammlungen für die belgischen Bergarbeiter fort, die ihren heroischen Kampf gegen Unternehmerterror weiterführen.

Gute Erfolge beim Landsonntag

Die Ortsgruppe Landeshut der KPD. führte am 14. August einen Landsonntag durch. Bearbeitet wurde Blaschke bei Liebau. Das Hauptgewicht wurde auf gründliche Diskussion gelegt. Aus der

Diskussion war eine große Unzufriedenheit der Naziwähler festzustellen.

Es wurden verkauft:

- 10 „Arbeiter-Zeitungen“,
- 9 Frauen-Zeitungen,
- 12 Bauern-Zeitungen
- und 10 Broschüren.

Dieser Erfolg muß die Genossen anspornen, so viel als möglich aufs Land zu gehen und vor allen Dingen Stützpunkte zu schaffen. Auch die Landproleten warten auf uns.

Die Antifaschistische Aktion organisiert

auf der Grundlage der Betriebe mit den übrigen des werktätigen Volkes — die faschistische Diktatur zu stürzen, den Faschismus aus dem Lande zu jagen, das kapitalistische System zu zertrümmern und die Regierung der Arbeiter und Bauern — für den Aufbau des Sozialismus in einem freien, sozialistischen Deutschland — zu schaffen.

Verantwortlich für den politischen Teil und „Aus dem schlesischen Nachbarberirk“: Adolf Kopolowitz in Breslau. — Für Lokales: Emil Kopol in Hindenburg. Für die übrigen Seiten: A. Fendrich, Berlin. — Für Inserate: Albert Callam, Breslau. — Verlag und Druck: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau.

Trommelt zum

Weltkongreß gegen den imperialistischen Krieg!

Vom Internationalen Vorbereitungs-Komitee des Weltkongresses gegen den imperialistischen Krieg in Paris wird soeben die Tagesordnung für den Weltkongreß bekanntgegeben.

1. Die drohende Gefahr des imperialistischen Weltkrieges und ihre wirksame nationale und internationale Bekämpfung.
2. Annahme eines Manifestes.
3. Wahl des Internationalen Büros.

Das Amsterdamer Empfangsbüro für eintreffende Delegierte ist bis zum 26. August abends, das holländische Komitee für die Vorbereitung des Kongresses, Sekretär Neter, Amsterdam, Prinzengracht 1933, II. Etage.

Ab 27. August früh (Tag des Kongreßbeginns) befindet sich das Empfangsbüro beim Kongreßlokal selbst.

Der Kongreß findet statt am 27. und 28. August im „R. A. L. Gebouw“ (Halle der Fahrrad- und Automobilindustrie, Ferdinand Bol Straat).

Wir weisen noch einmal darauf hin, daß die Anmeldungen von Delegierten schnellstens erfolgen muß beim Deutschen Komitee des Kongresses (Dr. Felix Boenheim, Charlottenburg, Schlüterstraße 33). Die Sammlung für die Finanzierung der Delegationen muß mit aller Kraft und verstärkt von allen Organisationen und Betrieben, die Delegierte zum Kongreß entsenden, betrieben werden.

Jeder Antifaschist muß Leser der KPD.-Presse sein!

Alles an den Roten Massenstart zur I. Reichszielfahrt der roten Rad- und Kraftfahrer nach Leipzig am 4. September 1932

Die Reichszielfahrt und die Reichsmeisterschaften auf Bahn und Straße und der Fünflampf sind die erste große zentrale Veranstaltung der Rad- und Kraftfahrersparte der R.A. Diese Veranstaltung, durchgeführt im Zeichen der Massenmobilisation aller werttätigen Rad- und Kraftfahrer, muß mehr werden als nur eine Veranstaltung zur Austragung der Reichsmeisterschaften. Sie muß werden ein gewaltiges Massenbekenntnis für den roten Klassenkampf, für den Sieg der Arbeiterklasse in der Antifaschistischen Aktion, in roter Einheitsfront gegen den Faschismus.

In allen Landesgebieten muß eine verstärkte Mobilisation für die Beteiligung in Leipzig einsetzen.

Am 17. Juli fand das Treffen der Radfahrer des Bundes „Solidarität“ in Halle statt. Bei 320 000 (?) Radfahrer-Mitgliedern war die Beteiligung am Festzuge in Halle geradezu kläglich. Genau so kläglich ist das Treffen der Motorradfahrer am 7. August in Kassel ausgefallen. Großsprecherisch verkündet der Bundesvorsitzende Niemann: 30 000 Motorradfahrer sind im Solibund organisiert. Wo waren diese 30 000? 450, das sind 1 1/2 Prozent, nahmen an der Auffahrt nach Wilhelmshöhe teil. Das ist mehr als kläglich. Aber niemand, der die Entwicklung des Bundes in den letzten Jahren beobachtet, wird über diese Tatsache verwundert sein. Eine Organisationsführung, welche systematisch und konsequent jeden aktiven Kampfsgeist in der Organisation erstickt und die ganze Bewegung zu einer Versicherungsgesellschaft degradiert, kann keine Kampfbegiertheit, denn Sportgeist ist Kampfsgeist, erwarten. Der Solibund sollte deshalb von sich nicht behaupten, die größte Rad- und Motorradsport-Organisation zu sein, sondern es müßte richtig heißen: Versicherungsgesellschaft für Rad- und Motorfahrer. Grundlegend anders ist es bei den roten Rad- und Motorfahrern. Hier herrscht noch der alte und immer neu vorwärts getriebene Kampf- und Sportgeist. Sie und jeder einzelne von ihnen wird in Leipzig unter Beweis stellen, daß sie, obwohl an Mitgliederzahl weit geringer, in bezug auf Aktivität der großen Organisation des S.B. weit überlegen sind. Trotz der ungeschorenen Wirtschaftskrise, in der sich das Proletariat befindet, trotzdem keine Speisen- und Fahrgelder usw. gezahlt werden, werden in Leipzig mehr Radfahrer vertreten sein, wie in Halle und mehr Motorfahrer wie in Kassel. Auch Mitglieder des S.B. werden in Leipzig anfahren. Daß recht viele von ihnen in Leipzig zur Stelle sind und daß sie die Überzeugung gewinnen, daß bei den roten Sportlern ein anderer Geist herrscht als im Versicherungsverein Solidarität, dafür zu sorgen ist die Aufgabe aller roten Sportler.

In jedem Verein muß der 4. September bei jeder Zusammenkunft auf der Tagesordnung stehen. Alles an den roten Start nach Leipzig.

Die erste Reichszielfahrt, ausgeschrieben von der Rad- und Motorradsfahrersparte der Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit, stellt im Gegensatz zu den sogenannten Korsofahrten des Bundes Solidarität den machtvollen Aufmarsch aller werttätigen Rad- und Kraftfahrer dar. Auf sieben großen Anfahrtsstraßen werden sich am 3. und 4. September 1932 die Kolonnen der Rad- und Kraftfahrer nach Leipzig bewegen. Auf den Anfahrtsstraßen nach Leipzig aus den verschiedenen Gegenden des Reiches sind von uns Kontroll- und Quartierstellen geschaffen, dortige Vereine der R.A. sind von uns benachrichtigt. Mitglieder aus Solidarität und bürgerlichen Verbänden werden bei dieser ersten Reichszielfahrt der R.A. doppelt gewertet. Jeder aktive Teilnehmer erhält eine Erinnerungsplakette für 1 Mark, einschließlich freier Eintritt zur Bahnveranstaltung in Leipzig. Im Rahmen der gesamten Veranstaltung findet am Sonntag, dem 4. September, das große Straßenrennen Berlin—Leipzig über 165 Kilometer statt. Auch bei diesem Rennen haben die Fahrer aus dem Bunde Solidarität Gelegenheit, an den Start zu gehen. Auch diese Konkurrenz trägt einen Massencharakter sondergleichen. 350 bis 400 Radrennfahrer werden das schwere Rennen bestreiten. Geht es doch um die Reichsmeisterschaften als Auftakt zur Weltkategorie 1933 in Moskau. Wer wollte nicht mit von der Partie sein? Die Reichsparteileitung der Rad- und Motorfahrer.

Prager rote Fußballer in Berlin!

Trotz guter Leistungen vier Niederlagen und 2 Siege!

Die Tournee der Prager Stadtmannschaft war reichlich vom Pech verfolgt. Die Prager Spieler sind gute Einzelspieler, doch finden sie sich selten zu guten Kombinationen zusammen. Die Flügelstürmer werden stark vernachlässigt. Die Läufer zeigten sich in den bisherigen Spielen ihren Gegnern zu schwerfällig, um die energischen Angriffe stoppen zu können. Gut die Verteidigung und der Torwart.

Nach der 5:0-Niederlage gegen eine Elf des Berliner Bezirks Ost, traten die Tischehen vor über 1500 Zuschauern in Königswusterhausen gegen eine Mannschaft des dortigen Unterbezirks an. Unter der Zuschauermasse befanden sich viele bürgerliche und reformistische Sportler. Somit fand der Kampf im Zeichen der roten Sporteinheitsfront. Die härtere Spielweise und das halbhohe Spiel brachten der Unterbezirksmannschaft den 3:1-Sieg, über die hoch und eng kombinierten Tischehen ein. In der zweiten Spielhälfte waren die Tischehen einwandfrei überlegen, doch fehlte ihnen der erfolgreiche Toranschlag. Sie kombinierten zu viel.

Gegen Fichte, Gesundbrunnen verteidigten die Tischehen mit geschwächter Elf. Am Tage darauf trat die tischehische Mannschaft in verstärkter Aufstellung in Pankow gegen eine Kombination Westend-Hennigsdorf an. Nach flottem, spannendem Spiel gewannen die Tischehen, deren Schlusstrich erstklassig arbeitete, 2:1. Gegen den Berliner Meister, U.S.W., Weihenice, verloren die Prager mit 7:1 Toren. Hier war wiederum ihr engmaschiges Zuspiel die Hauptschuld an der Niederlage.

Das letzte Spiel fand in Rathenow gegen den Mögliner Sportklub statt. Beim Wechsel führten die Mögliner noch mit 2:1, dann holten die Prager mächtig auf und konnten schließlich mit 5:3 den Sieg für sich sicher stellen.

Die Spanier verlieren in Ohligs, gewinnen in Paris!

Die durch ihr Können sympathischen roten Fußballer Spaniens, trugen in der vergangenen Woche in Ohligs (Rheinland) das letzte Spiel ihrer Tournee in Deutschland gegen eine Auswahlmannschaft des Rhein-Ruhrgebiets der R.A. aus und verloren 5:3. Obwohl die bürgerlichen Sportler durch ein Spiel ihres Rheinmeisters verjüngt, die Sportinteressenten von dem Besuch des Kampfes gegen die Spanier abzuhalten, gelang es ihnen nicht. Mehrere tausend Fußballanhänger fanden sich ein, und erlebten einen spannenden Kampf, der erst in den letzten fünf Minuten von den Rheinländern entschieden wurde. Die

„roten Teufel“ konnten infolge der vielen schweren Spiele dem höllischen Tempo der Einheimischen nicht mehr standhalten.

Flachschuß des spanischen Halbrechten ergab das erste Tor. Durch Verwandlung eines Handballelers gleich das Rheinland aus. So blieb es bis zur Pause. Ein Mißverständnis innerhalb des spanischen Schlusstrichs brachte die Westdeutschen in Führung. Das dritte Tor für Westdeutschland war die Folge einer sehr guten Kombination. Runging ein Rad durch die „roten Teufel“. In 10 Minuten stellten sie mit ihren Bekannten schnellen Vorstößen ein 3:3 her. Dann hatten die Spanier mit ihren Torhülsen reichlich Pech. Den Rheinländern gelang zwei flotte Durchbrüche und sie kamen zu dem 5:3-Erfolg.

In Paris gewann die spanische Mannschaft gegen eine Auswahlmannschaft der französischen Sektion der R.A. mit 5:2 Toren.

Kundenbeginn im Agitationsbezirk Waldenburg

Wenn die Öffentlichkeit gelegentlich Kenntnis davon erhält, daß ein größeres Fußballspiel stattfindet, so weiß sie damit gewöhnlich noch nicht, wie vollständig heute der Fußballsport geworden ist. Besonders in den Industriegebieten sind überall Fußballmannschaften zu finden. Erfreulicherweise hat in den letzten Jahren auch das flache Land dem Fußballsport die Tore geöffnet. Überall, wo heute 1000 bis 2000 Einwohner in einem Orte wohnen, ist auch eine Fußballbewegung! Dabei ist selbstverständliche Voraussetzung, daß die Spiele auch organisiert werden müssen. Als die für uns maßgebende Fußballorganisation besteht die Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit. Noch befindet sich die K.G. in steter Aufwärtsentwicklung. Die Zahl der K.G.-Vereine ist in Schloßen in stetem Steigen begriffen. Unser Agitationsbezirk zählt neben anderen Sportvereinen 8 Fußballvereine bezw. Abteilungen. Um nun denselben auf eine beschränkte Zeit einen geregelten Spielbetrieb zu sichern, ist eine Pflichtrunde in Vor- und Rückspiel angelegt worden. Die 8 Vereine spielen in zwei Gruppen zu je 4 Vereinen. Die erste Gruppe umfaßt die Vereine: Fichte, Nieder-Salzbrunn, Sturm Sandberg, Grünweiß, Wüstegiersdorf und Fichte, Hausdorf, zur zweiten Gruppe gehören: Blauweiß, Freiburg, Stern, Zirlau, Fichte, Striegau und Freie Sportfreunde, Jauer. Die erste Gruppe beginnt mit ihren Spielen erst am 28. August, während die zweite Gruppe bereits am gestrigen Sonntag mit ihren Spielen begann.

K.G. für rote Sporteinheit, Agitationsbezirk Waldenburg, erste Gruppe. Herbst-Kundenspiele 1932.

- 23. 8.: Fichte II Nieder-Salzbrunn — Grün-Weiß II Wüstegiersdorf
Fichte I Nieder-Salzbrunn — Grün-Weiß I Wüstegiersdorf
Fichte I Hausdorf — Sturm II Sandberg
- 4. 9.: Grün-Weiß II Wüstegiersdorf — Sturm II Sandberg
Grün-Weiß I Wüstegiersdorf — Sturm I Sandberg

Sport vom Sonntag

Süd I—Rot-Weiß I 2:2

Auf der Niemannshöhe lieferten sich obige Gegner einen interessanten Kampf. Süd geht mit viel Glück 1:0 in Führung. Rot-Weiß vollzieht Sekunden später durch Nachsetzen den Ausgleich. Süd erzielt bald darauf durch Flachschuß das 2:1. Ein blitzschneller Durchbruch bringt Rot-Weiß das Unentschieden. Eine Meinungsverschiedenheit zwischen Süd und dem Schiedsrichter machte dem schönen Spiel ein Ende. Wir empfehlen der Südmannschaft, in Zukunft Entscheidungen des Schiedsrichters nicht anzuzweifeln, da es mit der Zeit keinen Schiedsrichter mehr geben wird, der gemißt ist, Spiele ihrer Mannschaften zu pfeifen. Das Spiel der zweiten Mannschaften beider Vereine gewann Süd 3:1.

Dynamo I—Schwarz-Gelb I 3:1

Auf der Auenwiese standen sich obige Mannschaften gegenüber. Die eifrigen Dynamo-Sportler erzielten einen knappen aber sicheren Sieg. Die zweiten Mannschaften spielten unentschieden (1:1).

Stern I Zirlau—Blauweiß I Freiburg 11:3 (2:0)

Obige Gegner, welche erst am 13. August in einem Freundschaftstreffen mit 5:3 für Stern die Klängen gekreuzt hatten, bestritten am gestrigen Sonntag das erste Kundenspiel in Zirlau. Bei der herrschenden Hundstagshitze hätte man einen solchen Kampf, wie er besonders in der ersten Halbzeit vorgeführt wurde, nicht erwartet. Von Anfang an ein flottes Tempo der Gäste, und der Stern-Güter bekam reichlich Arbeit, die er in bester Manier erledigte. Trotzdem nach Seitenwechsel die Blau-Weißen die bessere Seite hatten (die Sonne im Rücken), konnten sie es bei bester Anstrengung nicht verhindern, daß die Zirlauer ihren Sieg mit einer hohen Torquote sicherten. Die Mannschaft des Platzbesizers war im Durchschnitt auf allen Posten gut besetzt, während die Elf der Gäste schwache Stellen aufzuweisen hatte, die sich im Laufe der Zeit aufbessern ließen. Die zweiten Mannschaften trennten sich nach einem etwas einseitigen Spiel 12:1 für Stern. Der Schiedsrichter, Genosse Joppich-Königsfeldt piffte zur Zufriedenheit.

Fichte Ohlau I—Janal West I 4:1

Am Sonntag weilte West-Breslau in Ohlau. Das Spiel stieg um 10.30 Uhr. Fichte setzte vom Start ein flottes Tempo ein und kann bald 1:0 führen. Trotz der großen Hitze geht das flotte Tempo unermindert weiter. Bis zur Halbzeit ist Fichte 2:0 in Führung. Nach der Pause flottes und hartes Spiel. Trotz eifriger Gegenwehr kann Janal-West es nicht verhindern, daß ein drittes Tor fällt. Der Zwischenpauze der Breslauer bringt diesen das Ehrentor ein. Ohlau sendet ein viertes Mal ein und kann dieses Resultat bis zum Schluß halten. Die zweiten Mannschaften spielten 1:1. Die Schüler trennten sich 2:0 für Breslau.

Sportfest in Wüstegiersdorf

Am gestrigen Sonntag hatten die Wüstegiersdorfer Fichte-Sportler ihr erstes rotes Sportfest. Die Beteiligung des Publikums sowie der Brudervereine war recht stark und wurde trotz der Hundstagshitze überall guter Sport geboten. Ein Handballspiel der Turner (Fichte) Breslaus gegen die noch bundesstreuen freien Turner Wüstegiersdorfs endete mit dem Ergebnis von 9:8 für Fichte. Anschließend der Spielbericht:

Mit dem Anstoß von Wüstegiersdorf entwickelt sich ein flottes Spiel, und bald steht die Partie 2:0 für sie. Bis zur Halbzeit können beide Mannschaften ein unentschiedenes Resultat herausholen. Nach

- 11. 9.: Sturm II Sandberg — Fichte II Nieder-Salzbrunn
Sturm I Sandberg — Fichte I Nieder-Salzbrunn
Fichte I Hausdorf — Grün-Weiß II Wüstegiersdorf
- 18. 9.: Grün-Weiß II Wüstegiersdorf — Fichte II Nieder-Salzbrunn
Grün-Weiß I Wüstegiersdorf — Fichte I Nieder-Salzbrunn
Fichte I Hausdorf — Fichte II Nieder-Salzbrunn
- 25. 9.: Fichte II Nieder-Salzbrunn — Fichte I Hausdorf
Fichte II Nieder-Salzbrunn — Sturm II Sandberg
Fichte I Nieder-Salzbrunn — Sturm I Sandberg
- 2. 10.: Sturm II Sandberg — Fichte I Hausdorf
Sturm II Sandberg — Grün-Weiß II Wüstegiersdorf
Sturm I Sandberg — Grün-Weiß I Wüstegiersdorf
- 9. 10.: Grün-Weiß II Wüstegiersdorf — Fichte I Hausdorf.

Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit, Agitationsbezirk Waldenburg

Kundenspiele für die zweite Gruppe.

- 21. 8.: Stern II Zirlau — Blau-Weiß II Freiburg
Stern I Zirlau — Blau-Weiß I Freiburg
- 28. 8.: Fr. Sportfr. II Jauer — Stern II Zirlau
Fr. Sportfr. I Jauer — Stern I Zirlau
Fichte Jgd. Striegau — Fr. Sportfr. III Jauer
Fichte II Striegau — Blau-Weiß II Freiburg
Fichte I Striegau — Blau-Weiß I Freiburg
- 4. 9.: Blau-Weiß II Freiburg — Fr. Sportfr. II Jauer
Blau-Weiß I Freiburg — Fr. Sportfr. I Jauer
Stern II Zirlau — Fichte II Striegau
Stern I Zirlau — Fichte I Striegau
- 11. 9.: Fichte II Striegau — Fr. Sportfr. II Jauer
Fichte I Striegau — Fr. Sportfr. I Jauer
- 18. 9.: Blau-Weiß II Freiburg — Fichte II Striegau
Blau-Weiß I Freiburg — Fichte I Striegau
- 25. 9.: Fr. Sportfr. II Jauer — Blau-Weiß II Freiburg
Fr. Sportfr. I Jauer — Blau-Weiß I Freiburg
- 2. 10.: Blau-Weiß II Freiburg — Stern II Zirlau
Blau-Weiß I Freiburg — Stern I Zirlau
Fr. Sportfr. III Jauer — Fichte Jgd. Striegau
Fr. Sportfr. II Jauer — Fichte II Striegau
Fr. Sportfr. I Jauer — Fichte I Striegau
- 9. 10.: Stern II Zirlau — Fr. Sportfr. II Jauer
Stern I Zirlau — Fr. Sportfr. I Jauer
- 16. 10.: Fichte II Striegau — Stern II Zirlau
Fichte I Striegau — Stern I Zirlau.

U.S.W. Dynamo

labet alle Freunde und Gönner des Roten Sports für Sonnabend, den 3. September, 19 Uhr, im Etablissement „Zum Odestrum“, Wierstraße 48, zu seiner Herbstveranstaltung verbunden mit Gründungsfeier der Handballabteilung ein. Die Mitglieder des Vereins haben am Donnerstag, dem 25. August, zur Empfangnahme der Eintrittskarten vollzählig zu erscheinen.

der Pause hat Fichte mehr vom Spiel und kann obiges Resultat erzielen. Hoffen wir, daß es mancher bundesstreuen Mannschaft zu denken gibt und diese ebenfalls zur Herstellung der Einheitsfront aller Arbeitersportler Solidaritätsspiele mit den roten Brüdern einen abschließen.

Resultate der Fußballspiele:

- Wüstegiersdorf II — Striegau II 4:1
Wüstegiersdorf II — Jauer III 3:0
Jauer II — Hausdorf I 3:1
Sandberg II — Striegau II 3:2
Salzbrunn II — Hausdorf II 3:0
Salzbrunn I — Jauer I 4:3
Wüstegiersdorf I — Breslau I 0:1

Ein Propagandaspield zweier Frauenmannschaften von Fichte im Handball fand guten Anklang und endete 0:0.

Schach

Bearbeitet von der Roten Schachsparte Breslau.

Alle Anfragen sind zu richten an A. Lehmann, Webskystr. 6, b. Heinzel.

Holländisch

Gespielt im Wettkampf „Dynamo“ gegen die deutsche

Schachdelegation

Weiß: Schöbel, Leipzig Schwarz: Model, Leningrad
1. d2—d4, e7—e6. 2. Sg1—f3, f7—f5. 3. e2—c4, Sg8—f6. 4. Sb1—c3, Lf8—b4. 5. Lc1—d2, b7—b6. 6. g2—g3, Le8—b7. 7. Lf1—g2, 0—0. 8. 0—0, Dd8—e7. 9. Dd1—b3, droht Sd5!, weshalb Schwarz zum Abtausch genötigt ist. 9. ... Lb4×c3. 10. Ld2×c3, Sf6—e4. 11. e2—e3, einfacher sofort Ta—d1. 11. ... d7—d6. 12. Ta1—d1, Sb8—d7. 13. Sf3—d2, Sd7—f6. 14. f2—f3, Se4×c3. 15. Db3×c3, e6—e5. 16. d4—d5, Ta8—e8. 17. e3—e4, Lb7—c8. 18. Tf1—f2, besser wäre Td—e1 mit der Absicht f3—f4. 18. ... Tf8—f7. 19. Td1—f1, Te8—f8. 20. b2—b4, h7—h5. 21. h2—h3, De7—e8, mit unmittelbarer Drohung Dd4. Tatsächlich beabsichtigt Schwarz aber die Dame nach g6 zu führen. 22. b4—b5, notwendig war 22. e×f5, L×f5, 23. f4. 22. ... Tf7—e7. 23. e4×f5, Le8×f5. 24. g3—g4. Die entscheidende Schwäche der Bauernstellung. Unbedingt notwendig war 24. Se4, worauf Schwarz Dg6 spielen mußte, um die Initiative weiter zu behalten. 24. ... Lf5—g6. 25. g4—g5, führt zum Verlust des Bauern, aber ohne dem ist die weiße Stellung schlecht. 25. ... Sf6—h7. 26. f3—f4. Auf 26. h4 folgt Tf4! mit leichtem Gewinn. 26. ... e5×f4. 27. h3—h4, Besser ist 27. T×f4, sich mit dem Verlust des Bauern abfindend. 27. ... Te7—e3, 28. Dc3—c1. Jetzt gewinnt Schwarz durch eine geschickte Kombination des zweiten Bauern, wonach das weiße Spiel hoffnungslos ist. 28. ... Lg6—d3. 29. Tf1—d1, Ld3—e2. 30. Td1—e1, Le2×c4. 31. Tel×c3, f4×e3. 32. Tf2×f8, De8×f8. 33. Sd2—e4. Sofort verlor 33. D×c4 mit Berücksichtigung auf 33. ... Df2; und 34. e×d, ebenso auch nach S×c4, Df2; 34. Kh1, e2 hat Weiß keine Rettung. 33. ... e2—e3. 34. g5—g6, Sh7—f6. 35. Se4—g5, Sf6—g4. Aufgegeben. (Anmerkung von A. J. Model aus „Schach in USSR.“)

Jeden Montag 20 Uhr findet der Spielabend der Roten Schachsparte bei Gardyan, Bergmannstraße 12, statt.

Der „Sozialisierungs“-Betrug der SPD.

Papen-Schleicher sollen „sozialisieren“ / Großkapitalisten sollen voll entschädigt werden / Der Schwindel von der „kapitalistischen Planwirtschaft“ neu aufgewärmt / Durchkreuzt das Betrugsmanöver!

Die SPD. hat jetzt ihre papierernen „Sozialisierungs“-anträge veröffentlicht, die sie im Reichstag eingebracht hat. Sie sind in die Form des Entwurfs eines Gesetzes über den „Umbau der Wirtschaft“ gebracht. Darin lehren die alten verstaubten Forderungen der SPD-Führer, wie Vereinheitlichung der öffentlichen Wirtschaft, Schaffung einer Planstelle, Schaffung eines Kartell- und Monopolamtes und eines Bankamtes wieder, seiner wird die „Verstaatlichung“ der Schlüsselindustrien, der subventionierten Unternehmungen, der Großbanken und Entelgung des Großgrundbesitzes „gefordert“.

Aber wie sieht das bei näherer Betrachtung aus?
In Bezug auf die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und der subventionierten Unternehmungen heißt es wörtlich:

„Die Entschädigung erfolgt nach der tatsächlichen Ausnutzung der Anlagen in den Geschäftsjahren 1929 bis 1931, höchstens jedoch zu den Börsenkursen vom 1. Juli 1932.“

In Bezug auf die „Verstaatlichung“ der Großbanken heißt es: „Die Entschädigung der Aktionäre der verstaatlichten Banken erfolgt auf der Grundlage der Berliner Börsenkurse der Aktien vom 1. Juli 1932.“

Und in Bezug auf den Großgrundbesitz heißt es sogar wörtlich:

„Als Entschädigung wird den entlegneten Großgrundbesitzern eine Rente gewährt, die sich nach der Höhe des in den Jahren 1929/1931 durchschnittlich versteuerten Einkommens aus dem entlegneten Grundbesitz bemittelt.“

Die SPD-Führer fordern also in ihren „Sozialisierungs“-anträgen, daß die Großkapitalisten nach den heutigen Börsenkursen voll entschädigt werden und daß die Großagrarien gar eine lebenslängliche Rente in der Höhe ihres bisherigen Einkommens beziehen sollen. Man stelle sich nur einmal vor, daß die Anträge tatsächlich durchgeführt werden könnten. Die Großkapitalisten würden hunderte von Milliarden Mark beanspruchen. Wer soll ihnen diese Entschädigungen bezahlen?

Die SPD-Führer beantragen tatsächlich, daß das arbeitende Volk solche Millionenlasten auf sich nehmen soll. Das Verfall der Tribundität mit der ganzen Auslandsverschuldung der kapitalistischen Klasse, die auf der Arbeiterklasse lastet, wäre ein Kinderpiel gegen die Schuldenlasten, in die die Durchführung des SPD-Antrages (wenn das Unmögliche möglich wäre) das arbeitende Volk hineindrängen würde. Außerdem würde, wenn der kapitalistische Staat die Betriebe verstaatlichen würde, die Ausbeutung der Arbeiter bleiben, wie in allen Betrieben, die bisher aus militärischen und sonstigen Gründen vom kapitalistischen Staat betrieben wurden, wo die Ausbeutung ebenso schlimm ist wie in den privatkapitalistischen Werken. Aber die ganzen SPD-Anträge werden ja nicht gestellt, um durchgeführt zu werden, sie sind reiner Schwindel, bewusster Betrug. Die SPD-Führer verfolgen damit einen bestimmten politischen Zweck.

Das arbeitende Volk will die Fabriken, Bergwerke und Güter selbst in die Hand nehmen, um befreit von der Sklaverei des bankrotten Finanzkapitals zur Befriedigung der Bedürfnisse aller Werktätigen zu produzieren. Das ist nur möglich nach dem Sieg über die kapitalistische Klasse. Darum drängt das werktätige Volk nach der antifaschistischen roten Einheitsfront, um diesen Sieg herbeizuführen.

Was nun die SPD. treibt, das hat gerade den Zweck, die Arbeiter von einem wirklichen Eintreten für den Sozialismus abzuhalten, und das kapitalistische System zu retten.

Die SPD. betreibt heute denselben grandiosen Schwindel wie 1918/19. Als die Arbeiter nach der November-Revolution die Fabriken und Bergwerke in Besitz nehmen wollten, da versprachen die SPD-Führer, daß die Sozialisierung gesetzlich durchgeführt würde, sie ließen die berühmten Plakate anhängen mit den Kleinschriftchen: „Die Sozialisierung marschiert!“ In Wirklichkeit erfolgten die Verprechungen, wurden die Plakate angehängt, um die Arbeiter vor Kampf und vor der Inbesitznahme der Produktionsmittel abzuhalten, um die Arbeiter zu verneinigen, um sie zu betrügen, um der Bourgeoisie Zeit zu schenken gegen die Arbeiterklasse zu verschaffen, um so gerade den Großkapitalisten den Privatbesitz zu erhalten. In der Tat traten während der Sozialisierungsplakate noch Kleben, die Maßnahmen der Roskardisten in Aktion.

Auch heute wollen die SPD-Führer einem Teil der Arbeiter einreden, daß auf dem Wege der Annahme der sozialdemokratischen Anträge die Sozialisierung durchgeführt werden könnte, daß die Papen-Schleicher-Regierung diese Sozialisierung durchführten werde und daß diese bei Zahlung der vorgezeichneten riesigen Entschädigungen an die Kapitalisten überhaupt möglich wäre.

Aber jeder Arbeiter muß in sachlicher und kameradschaftlicher Distanz darüber aufgeklärt werden, daß der von der SPD. vorgeschlagene Weg unmöglich ist, daß die SPD-Führer selbst das sehr wohl wissen, daß sie aber die Arbeiter betrügen wollen, um das Zustandekommen der breitesten roten Einheitsfront und den

Sieg der Arbeiterklasse zu verhindern, daß sie eben der Arbeiterklasse den sozialistischen Ausweg aus der kapitalistischen Bankrott-Wirtschaft versperren wollen. Mit ihrem Sozialisierungsbetrug will die SPD. die Bourgeoisie retten, will sie das Papen-Schleicher-Regime unterstützen.

Jeder Arbeiter, der sich überlegt, welche Voraussetzungen zur Durchführung der Sozialisierung notwendig sind, der insbesondere erkennt, daß eine Papen-Schleicher-Regierung keine Maßnahme zugunsten der Arbeiterklasse durchführen wird, wird den politischen Betrug der SPD-Führer erkennen. Demgegenüber haben die Arbeiter das Beispiel der Sowjetunion vor Augen, wo der sozialistische Aufbau verwirklicht wird und wo die Arbeitslosigkeit vollkommen liquidiert wurde, wo die Lebenshaltung der Werktätigen immer mehr verbessert wird.

Arbeiter! Wer wirklich mithelfen will, das kapitalistische System zu überwinden, der reihe sich ein in die Front der antifaschistischen Aktion, der kämpfe mit unter Führung der Kommunistischen Partei gegen das kapitalistische System. Die Voraussetzungen für den vollständigen Sieg über das kapitalistische System wird um so rascher da sein, je mutiger und entschlossener die Arbeiterklasse sich heute in jedem Betrieb, in jedem Industriezweig zur roten Einheitsfront des Kampfes zusammenschließt und gegen jeden Lohnabbau, gegen jede soziale Verschlechterung, um die Durchsetzung der Arbeiterforderungen kämpft. So werden wir vorwärtsreiten und wirklich den sozialistischen Ausweg aus dem kapitalistischen Bankrott, aus dem kapitalistischen Wahnsinn erkämpfen.

In diesem Sinne gibt es jetzt, im Kampf gegen die kapitalistische Lohnabbauoffensive, gegen den Unterbauabbau aller Kräfte einzusetzen.

Die SPD. bestärkt selbst ihre Einheitsfront mit der Hitlerpartei

Wie bereits berichtet, hat der Präsident des Verbandes der preußischen Landgemeinden, Dr. Gercke, vor einigen Tagen im Berliner „Haus der Presse“ das „Arbeitsbeschaffungsprogramm“ des Verbandes mitgeteilt, wonach Arbeiten durch „zinslose Krediterschöpfung“ finanziert werden sollen. Das ist bekanntlich auch der Plan des Nazi-„Theoretikers“ Feder und bedeutet die Herausbeschwörung der Gefahr einer Inflation.

Der „Vorwärts“ hat mehrere Tage hindurch kein Wort gegen das Gercke-Programm geschrieben und es so gebilligt. Jetzt, am 20. August, veröffentlicht plötzlich das SPD-Zentralorgan eine Notiz unter dem Titel: „Auf Nazispuren“, in dem es heißt:

„Der Verband der Preussischen Landgemeinden hat ein Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgestellt, dessen Verwandtschaft mit nationalsozialistischen Gedankengängen unverkennbar ist. Wir haben bisher nur referierend (!) darüber berichtet.

Auch darin folgt das Programm dem Nazidilettantismus, daß es die neueste Wendung des Feder-Gelds zur „bargeldlosen Krediterschöpfung“ mitmacht. Es übernimmt also die finkliche Nazivorfstellung, daß die Inflation dadurch vermieden werden kann, daß man das neue Geld als „Giralgeld“ ausgibt (was ja praktisch immer nur für einen Bruchteil des auf diese Weise geschaffenen Geldes möglich ist). Als ob es auf den Wert des Geldes irgendeinen Einfluß hätte, in welcher Form das Geld ausgegeben wird.“

Der „Vorwärts“ gesteht also, daß das Gercke-Programm dem Programm der Nazi-Partei entspricht. Der „Vorwärts“ verschweigt aber, daß

das Programm Gerckes und Feders dem Plan Leiparts vom ADGB.

(Wagemann-Bachem-Woytinski-Leipart-Plan) und den Vorschlägen SPD-Voebes, die dieser am 29. Januar 1932 dem damaligen Kanzler Brüning machte, ähnlich ist wie ein Ei dem andern!

Vor allem verschweigt der „Vorwärts“, daß das Gercke-Programm vorher mit Vertretern des ADGB. und des Reichsbanners durchgesprochen wurde und daß nach dem erwähnten Referat Dr. Gerckes im Berliner „Haus der Presse“ der Nazi-Führer Kornemann sein völliges Einverständnis erklärte und nach ihm der Generalsekretär des Reichsbanners Schwarzvogel, Gebhardt, ausrufte und das Gercke-Programm begeistert begrüßte.

Gebhardt, kein beliebiger, sondern wohlgekannter, der Generalsekretär des Reichsbanners, erklärte im Hinblick auf die einheitliche Auffassung der SA. des Stahlhelms, des ADGB., des Reichsbanners und der Nazi-Partei:

„Der heutige Tag kann durchaus ein Wendepunkt für die

wirtschaftliche und politische Zukunft des Deutschen Volkes... der heutige Tag ist der schönste meines Lebens.“

Wenn der „Vorwärts“, und zwar mit Recht, das Gercke-Programm als Nazi-Programm bezeichnet, so hat er damit auch das Reichsbanner, die ADGB-Führung und die Sozialdemokratie gekennzeichnet und selbst die Einheitsfront von Hitlermann über Gercke bis Hitler und Kornemann gekennzeichnet.

Die Konsequenz für alle sozialdemokratischen und Reichsbannerarbeiter kann nur sein: Gegen die faschistische Inflationenfront Hitler-Hitlermann! Hinein in die antifaschistische proletarische Einheitsfront und gemeinsam mit den Kommunisten vorwärts in der antifaschistischen Aktion!

Das nennt sich „Arbeiterpartei“

Von 230 nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten sind höchstens 16 Arbeiter

Die Hitlerpartei nennt sich eine „Arbeiterpartei“ und „sozialistisch“ obendrein. Die täglichen Erfahrungen zeigen aber, daß die Nazi-Partei gar nichts mit Arbeiterpolitik und erst recht nichts mit Sozialismus gemein hat. Die Hitlerpartei ist durch und durch arbeitervindlich — sie ist eine vom Finanzkapital ausgehaltene faschistische, aber keine sozialistische Partei.

Diese Tatsache findet ihren Ausbruch auch in der Zusammensetzung der Führung der Partei. Alle entscheidenden Posten des Parteiapparates und der SA-Führung sind mit Offizieren, Ademikern und Adligen besetzt — Arbeiter kommen nicht zur Geltung. Die nationalsozialistische Fraktion des neuen Reichstags ist ein Musterbeispiel dafür.

Von den 230 Reichstagsabgeordneten der Hitlerpartei sind:
16 Arbeiter — oder ehemalige Arbeiter;
70 Großgrundbesitzer, Fabrikanten, Landwirte und Kaufleute;
42 Beamte, Minister usw.;
38 Rechtsanwälte, Ärzte, Ingenieure und andere sogenannt-
„freie Berufe“;
37 Angestellte — darunter viele Parteiangestellte;
15 Offiziere.

Der Rest setzt sich zusammen aus Gewerbetreibenden, Handwerksmeistern usw.

Ganze 8 Prozent der Reichstagsabgeordneten der „Arbeiterpartei“ sind also Arbeiter. Das ist das wahre Gesicht der Hitlerpartei! Arbeiter haben in ihren Reihen nichts zu suchen. Sie gehören in die Reihen der roten antifaschistischen Einheitsfront.

Eine ergebnislose Sitzung des Stadtparlamentes

Wolkstein. Nach reichlich vier Monaten fand wieder einmal eine Stadtverordnetenversammlung statt. Elf Punkte standen zur Tagesordnung. Der wichtigste Punkt behandelte die Festsetzung des städtischen Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1932. Trotz größter Anstrengungen war die gepriesene „Ausbalancierung“ nicht möglich. Der Etat schließt mit einem Fehlbetrag von 44 456 Reichsmark ab. Der sozialdemokratische Stadtverordnete Schwächler hatte fünf Dringlichkeitsanträge eingereicht, die man aber erst unter Punkt Verschiedenes behandelte. Die SPD. gab sich mit dieser Behandlung auch zufrieden, um zu zeigen, daß die SPD. auch eine „Partei der Armen“ ist, hat Schwächler, zur Bekämpfung der Not der Armen 30 000 Mark zur Verfügung zu stellen. Als der Bürgermeister erklärte, daß bei einem Fehlbetrag von 44 000 Mark eine derartige Summe nicht aufgebracht werden könne und daß eine solche Forderung auch gesetzlich nicht erlaubt sei, weil bei einer Deckung des Fehlbetrages die Regierung um Mittel ersucht werden müßte, fiel die SPD. wieder um. Die Nazis waren bedeutend bescheidener. Sie stellten als „Arbeiterpartei“ einen Antrag auf 12 000 Reichsmark für denselben Zweck. Die SPD. und sämtliche bürgerlichen Parteien stimmten diesem Forderungsantrag zu. Allein der Genosse Hiller von der SPD. forderte die Bewilligung der 30 000 Reichsmark und zeigte auf, daß die von den Faschisten geforderte Summe ein Tropfen Wasser auf einen heißen Stein sei. Besonders geizigke Genosse Hiller den Unfall der SPD. Daraufhin beantragte unser Genosse, 1000 Mark für die Jugendpflege zu bewilligen und diese 1000 Mark einem hohen Beamtenpensionär abzugeben. Dieser Antrag wurde von den Bürgerlichen und besonders von den Nazis abgelehnt. Von der Verkehrsabteilung wurden 1000 Mark gefordert, die von der öfteren Bürgerbeleuchtung in Abzug gebracht werden soll, die sowieso keinen Zweck hat. Genosse Hiller beantragte, da Wolkstein die niedrigsten Richtsätze hat, die Richtsätze einer Nachbarstadt, und zwar Landesgut, anzunehmen, da der Kreis Wolkstein sowieso aufgelöst und an Landesgut kommt. Dieser Antrag wurde angenommen. Genosse Hiller beantragte Aufhebung der Bürgersteuer. Diefem Antrag stimmten auch die Bürgerlichen zu. Der Ausfall wurde zum Fehlbetrag zugeschlagen. Es ergibt sich somit ein Gesamtfehlbetrag von 68 830 Mark.

Genosse Hiller sprach dann noch über die Bedeutung des Etats überhaupt und zeigte auf, wie dieser Etat eine Ausplünderung der Armen ist. Die Rede unseres Genossen war den Herren so auf die Nerven gefallen, daß die Magistratsmitglieder und der Bürgermeister aus dem Sitzungssaal türmten. — Wie zum Hohn wurden die Anträge der SPD. abgelehnt, und der Vorkteher Pirusly meinte: Nachdem sie den Etat abgelehnt hätten, dürften sie auch keine Forderungen stellen.

SPD.-Polizeipräsident auf dem Wege zu den Nazis

Berlin, 22. August. (Eig. Drahtber.) Der bisherige sozialdemokratische Polizeipräsident von Königsberg Tiede hat an Macht ein Scherben gerichtet, daß er aus der SPD. ausgetreten sei und sich auch fernherin zur Bekämpfung der SPD. zur Verfügung stelle. Tiede hat versucht, zum Zentrum überzutreten, wurde aber dort vorläufig vertrieben. Jetzt ist Tiede auf dem Wege zu den Nationalsozialisten.

15 Prozent Lohnabbau

forderten die sächsischen Textilindustriellen bei den Lohnverhandlungen am 18. August. In der Münstertal-Textilindustrie forderte, obwohl erst vor einigen Tagen ein allgemeiner Lohnabbau von 5,5 Prozent durchgeführt wurde, die Firma van Dell & Co. einen neuen Lohnabbau von 35 Prozent.

Die Unternehmer wollen

gestützt auf die Hilfe der Nazis und der Papen-Regierung, einen neuen ungeheuren Lohnabbau auf der ganzen Linie durchführen.

Jede Belegschaft

kann täglich einem solchen Lohnabbau-Diktat gegenüberstehen. Die Papen-Regierung will die Tarife „elastisch“ machen, das heißt, sie faktisch außer Kraft setzen.

Darum mobilisiert in jedem Betrieb zur Gegenwehr! Stellt eure Forderungen und nehmt den Kampf auf! Gegen die Lohnabbau-Offensive schließt fester die kämpfende Einheitsfront!

Antifaschistische Aktion!